

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorräthen ausgeschöpft. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Illale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Ein Schlichter streift!

In Deutschland will man immer noch den unheilvollen Weg weiter beschreiten, mittels Lohnsenkungen die Wirtschaft zu „kurieren“. Alle Einwendungen, daß ein solcher Weg ins Verderben führt, wurden unbeachtet gelassen. Das deutsche Unternehmertum will die Krise nicht vorübergehen lassen, ohne die Arbeiter zu Nullis mit einer Hungerregiment heruntergedrückt zu haben. Die Regierung leistete ihnen bisher über ihren Schlichterapparat willfährige Dienste. Es fanden sich stets Amtspersonen, Schlichter usw., die bereit waren, diesen Dienst auszuführen durch Schiedsprüche mit Lohnsenkung. Da ist es erfreulich, einmal einen Schiedspruch zu erleben, der auf vernünftigen Gedankengängen aufgebaut ist.

Die Berliner Metallindustrie stand wieder einmal im Mittelpunkt eines Kampfes um Herabsetzung der Löhne. Man wird sich erinnern, daß die große Lohnsenkungsperiode in Deutschland von der Berliner Metallindustrie ihren Ausgang nahm. Der Verband der Berliner Metallindustriellen forderte noch einmal eine Herabsetzung der Löhne. Am 9. November wurden die Verhandlungen vor dem Berliner Schlichtungsausschuß fortgesetzt. Diese Verhandlungen endeten mit dem Ergebnis, wonach das Lohnabkommen unverändert verlängert wird und mit vierzehntägiger Frist erstmalig am 13. Dezember kündbar ist. Interessant ist die Begründung, die der Vorsitzende der Schlichterkammer, Gewerberat Körner, zu dem Schiedspruch abgab:

„Die Gesehungskosten in der Berliner Metallindustrie müssen wesentlich gesenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausfuhr angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter bei der Bemessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken. Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt wird, oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange nicht die Mieten gesenkt und die Tarife für die städtischen Unternehmungen (Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr) herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung verringert werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich. Die vorgeschlagene Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens kann nur ein Provisorium sein. Es müssen nunmehr unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Herabsetzung der übrigen Gesehungskosten und zur Verbilligung der Lebenshaltung geschaffen werden, andernfalls wird man in sehr kurzer Zeit vor der bitteren Entscheidung erheblicher weiterer Betriebs-

einschränkungen oder Herabdrückung des Lohnes unter das Existenzminimum stehen.“

Die Politik der Lohnermäßigungen hat uns in Deutschland an den Rand des Ruins gebracht. Die Folge davon ist die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit. Wenn wir auch inmitten einer so scharfen Weltwirtschaftskrise in Deutschland nicht ohne Arbeitslose wären, so müssen doch mindestens zwei Millionen auf das Konto der Lohnquetschungen und anderer Maßnahmen zur Senkung des Lebensstandards verbucht werden. Auf die Entwicklung dieser Dinge ist von den Gewerkschaften oft und deutlich hingewiesen worden. Die Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Man war direkt erstaunt, mit welchem Eifer die Lehre von der Notwendigkeit der Lohnsenkungen immer wieder vertreten wurde. Man kann daraus ersehen, daß volkswirtschaftliche Kenntnisse in Deutschland schwach vertreten sind und breitgetretene Schlagworte immer wieder nachgeplappert werden.

Im „Vorwärts“ vom 10. November macht Anton Erleenz mit beweiskräftigen Worten darauf aufmerksam, in welcher Weise wir uns zu Tode sparen. Wir entnehmen diesem Artikel folgendes:

„So steht Deutschland, neuerlich auch England, unter dem Einfluß der Sparpanik. Es soll „gepart“ werden, um die Haushalte auszugleichen, sowohl die öffentlichen als die privaten. Wenn man „gepart“ hat, stellt sich heraus, daß der Haushalt weiter als je von der Ausgleichung entfernt ist. Sofort taucht die verdrehte Idee auf, weiter zu „sparen“, worauf man nach einem Jahr einsieht, daß der Ausgleich noch unmöglicher geworden ist. Und so „sparen“ wir uns alle gegenseitig zu Tode, machen uns alle arbeitslos, übertreiben das Uebel, das schon aus verschiedenen Ursachen in die Welt gekommen ist, noch durch Sparpanik.“

Die deutsche Regierung ist gegenwärtig dabei, mit Hilfe des sogenannten Wirtschaftsbeirats eine neue Patentlösung zur Hebung der Wirtschaftskrise zu finden. Wir befürchten, daß sie die alten Pfade weiter zu wandern entschlossen ist. Da gilt es doch laut und deutlich darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeiter und Angestellten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind. Wie Gewerberat Körner richtig sagt, es widerspricht der sozialen Gerechtigkeit, die Senkung der Gesehungskosten immer wieder von der Lohnseite her vorzunehmen. Jeder Mensch in Deutschland sollte einsehen, daß uns die Politik der Lohnverschlechterung ins Verderben geführt hat und eine Umkehr dringend nötig ist. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie einen Wendepunkt in der Lohnpolitik Deutschlands bilden würde. Noch ist es nicht zu spät! Je früher die Umkehr erfolgt, je besser ist es für die Volksmassen und nicht zuletzt auch für die gesamte Wirtschaft!

Im Kampf um gesunde Wohnungspolitik.

Die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse haben die Rentabilität fast aller Wohnungsbauten ganz erheblich gefährdet. Auch die gemeinnützigen Bauherren, die Baugenossenschaften, leiden oft aufs schwerste darunter. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben das Einkommen der Wohnungsinhaber gewaltig reduziert. Viele kommen deshalb gar nicht mehr ihrer Verpflichtung zur Mietzahlung nach. Es ist aber auch keine Aussicht, daß sich die Situation in absehbarer Zeit günstiger gestalten könnte. Eine ganze Anzahl Wohnungsinhaber drängt deshalb aus größeren in kleinere Wohnungen, um Miete sparen zu können. Andere drängen aus den Neubauten ganz hinaus in Altmwohnungen. Diese Entwicklung bedroht viele Genossenschaften mit dem Zusammenbruch. Aus diesem Grunde hat nun der Hauptverband deutscher Baugenossenschaften e. V. eine Eingabe an die Reichsregierung gemacht, um dieselbe zu irgendwelchen Hilfs- bzw. Unterstützungsmaßnahmen zu bewegen.

Es wird in erster Linie erwartet, daß dann, wenn die Regierung die Mieten für Altmwohnungen senkt, gleichzeitig Mittel und Wege gefunden werden müßten, auch die Mieten für Neubauwohnungen in mindestens gleichem Verhältnis zu senken. Daneben müßte vorerst für eine Mietbeihilfe aus Fürsorgemitteln für arbeitslose Mieter gesorgt werden. Eventuell könnte auch die Zinssumme für die gewährten Hauszinssteuermittel als Mietbeihilfe verwertet werden, wenn man nicht gar einer völligen Niederschlagung der Hauszinssteuerhypothek zustimmen wollte. Das soll natürlich nicht heißen, daß damit die Verwendung von Hauszinssteuer im Wohnungsbau ein Ende finden sollte oder könnte, sondern es müssen im Gegenteil auch weiterhin die Hauszinssteuermittel in mindestens gleichem Maße dem Wohnungsbau zugeleitet werden wie bisher.

Daneben müßte auch ein Kündigungsschutz geschaffen werden gegenüber Hypothekenden des freien Geldmarktes und insbesondere die gemeinnützigen Bauvereinsbanken in die Lage versetzen, den Bauvereinen Kredite zu gewähren. Alle diese Maßnahmen, so betont die Denkschrift, müßten möglichst schnell geprüft und vorgenommen werden, wenn eine Katastrophe auf dem Bauparkt verhindert werden soll.

Aus einer ergänzenden Denkschrift, die speziell der Mietentwertung gewidmet ist, geht deutlich hervor, wie schwer die Krise die Mieter trifft. Während am 1. Januar 1930 noch 42,4 Prozent der Bewohner einer Genossenschaft nicht mehr als 20 Prozent des Einkommens aufwendeten, waren es jetzt nur noch 10 Prozent. Es bringen sogar 68,8 Prozent der Bewohner 25 bis über 50 Prozent ihres Einkommens für Miete auf. Daß das auf die Dauer unhaltbar wird, braucht nicht näher betont zu werden. In dieser ergänzenden Denkschrift sind folgende konkreten Forderungen zur Abhilfe gestellt:

1. Laufende Hilfe in Form von Zins- und Tilgungsverbilligung resp. Erlaß dieser Beträge für die jetzige Notzeit.
2. Einmalige Hilfe resp. Zuschüsse zur Abdeckung der Mietausfälle und Mietrückstände.

Die Hilfe zu 1 müßte sich erstrecken auf:

- a) Erlaß der Zinsen für Hauszinssteuerhypotheken;
- b) Senkung des Zinsfußes für städtische Darlehen;
- c) Senkung des Zinsfußes für sonstige Hypotheken;
- d) Senkung des Tilgungsbetrages der Amortisationshypotheken auf 1/2 Prozent;
- e) Erlaß von Steuern usw.

Die Maßnahmen zu c und d wären gegebenenfalls durch Zinszuschüsse herbeizuführen. Bei der Hilfe zu 2 ist an zinslose Darlehen gedacht, die später amortisiert werden müßten.

Ein vernichtendes Urteil über deutsche Wirtschaftsführer.

Im „Deutschen Volkswirt“ vom 6. November d. J. schreibt der Herausgeber Gustav Stolper über „Finanzskandale“. Die objektive Untersuchung kommt zum vernichtenden Urteil über deutsche Wirtschaftsführer. Stolper erkennt ja an, daß die Finanzskandale der letzten Zeit nicht aufgetaucht wären oder nur geringen Umfang angenommen hätten ohne den Ausbruch der verheerenden Wirtschaftskrise. Aber abgesehen davon, scheint überall ein wenig in Ordnung, sei überall zumindest ein Maß von Berwegenheit im Spiel, daß die allgemeine Krise zu einer individuellen Katastrophe werden lasse.

Das Urteil über die Mischel der Banken an diesen Finanzskandalen lautet so schroff, wie wir es immer abgeben haben. Stolper bestätigt, daß ohne die Riesenkredite der Banken, ohne sträfliche Vernachlässigung ihrer Aufsichtsfunktion, diese Finanzskandale nicht hätten entstehen können. Gewöhnlich steckte ein Mann in jeder Gruppe die anderen in die Tasche, so Dumke bei der „Fawag“, Lahusen bei Nordwolle, Schön dorff bei Karstadt, Raizenellenbogen bei Schultheiß. Solange die Arbeit dieser Leute von Erfolg gekrönt war, wagte sich keiner an sie heran.

Stolper schildert, wie Krieg und Inflation alle moralischen Bindungen zerbrachen, wie man skrupellos sich Geldmacht und damit politische und gesellschaftliche Macht verschaffte. Die Selbstkritik in der neuen Führerschaft wurde durch die Gutgläubigkeit des Publikums, durch Lobhudelei der Presse unterbunden, die jedes Wort dieser Wirtschaftsführer für höchste Weisheit nahmen.

Die Banken bevorzugten die großen Konzerne bei ihren Geschäften, bei ihrer Kreditgebung usw. Jede Kapitalerhöhung, jede Anleihe brachte hunderte Tausende, ja Millionen ein, nebenbei winkten gute Tantiemen für die Bankvertreter in den Aufsichtsräten. Aktienkäufe wurden dem Aufsichtsrat geheimgehalten, das Risiko den Gesellschaften aufgeschuldet, für die leitenden Leute Gewinnbeteiligungen von 25 bis 60 Prozent festgesetzt. Die Hauptschuld der Banken war aber nach Stolper, daß

... sie die Vorkriegswirtschaft der kurzfristigen Finanzierung langfristiger Engagements hemmungslos mitmachten, obwohl es ihre volkswirtschaftliche Aufgabe gewesen wäre, für die Durchsetzung der ganzen Wirtschaft mit gesunden Kreditprinzipien zu sorgen. Es sind ja nicht nur große Spekulationen schiefgegangen, nicht nur überkompliziert gebaute, bis zur völligen Undurchdringlichkeit geschachtelte Konzerne zusam-

mengebrochen. Es sind vor allem Fehlinvestitionen großen Stils mit kurzfristigen Bankkrediten finanziert worden... Ob und in welchem Umfange die Aufnahme kurzfristiger Kredite für langfristige Investitionen zu verantworten war, das zu entscheiden, waren die Banken in erster Linie berufen. Aber sie haben trotz aller Warnungen die Situation ebenso verkannt wie die Oberbürgermeister und die Führer der Industrie.“

Die Bankenkrisis wurde zur Konzernkrisis. Bei den Konzernen stellte die Fusion Thyssen-Rheinische-Union-Phönix etwas anderes dar als die Angliederung von Zementfabriken, Brauereien und Maschinenfabriken an die Ostwerke. Wie kompliziert das Gefüge solcher Konzerne war, wußten die Banken selbst nicht. Der Mangel an Publizität, den sich die Verwalter von Milliarden deutschen Volksvermögens glaubten leisten zu können, machte die Finanzskandale erst möglich.

„Diese Wirtschaftsführer, deren Urteilskraft und moralischen Habitus man nun kennengelernt hat, haben völlig kontrolllos wirtschaften dürfen. Der Aufsichtsrat, der nach dem Gesetz verpflichtet war, sich um die materielle Grundlage der Geschäfte zu kümmern, hat seine Pflicht vernachlässigt, und der Öffentlichkeit hat man den Einblick verwehrt.“

Fehlgriffe wirtschaftlicher Art erzeugen nur zu leicht kriminelle Vergehen, Prospektverschleierung, Bilanzfälschung usw. Wichtiger aber als die moralische Entrüstung darüber erscheint Stolper das intellektuelle Versagen der Wirtschaftsführer:

„Viel erschütternder als ihre moralische Haltlosigkeit scheint das völlige Versagen ihrer Urteilskraft. Das Bildungsproblem der deutschen Wirtschaftsführer ist brennend aktuell geworden.“

Auch in London und New York könne man von Wirtschaftsführern manche Dummheit hören, aber jeder Clerk (Kaufmannsgehilfe) verfüge doch über einen Mindestmaß an wohlbewährten wirtschaftlichen Erfahrungsregeln, während in Deutschland diese Tradition fehle. Kein führender Bankier oder Industrieller in London oder New York werde sich die verachtungsvolle Ignoranz (Nichtwissen) leisten, die in der Führerschaft der deutschen Wirtschaft fast zum guten Ton gehörte. Eine „gute Nase“ für Börsenstimmungen könne intime Kenntnis der politischen Vorgänge in der Welt nicht ersetzen.

Treffender kann die landesübliche mit Ueberhebung verbundene wirtschaftliche und politische Unfähigkeit maßgebender deutscher Wirtschaftsführer nicht gekennzeichnet werden, als es hier ein Eingeweihter aus bürgerlichen Kreisen tut!

Wer ist derjenige, der den Fortschritt der Bergarbeiterschaft behindert?

Ist es nicht einer deiner Freunde, dein Bruder oder sonstiger guter Bekannter,

Der den Weg zum Verband noch nicht fand oder irregeleitet ist?

Nächste Aufgabe für dich ist, einen dieser Unorganisierten zu gewinnen. Wer ist der Nächste, den du gewinnen mußt?

Forschung tut not!

In Notzeiten wie den heutigen gibt es kaum ein Gebiet menschlichen Schaffens, aus dem nicht täglich verzweifelte SOS-Rufe an unser Ohr dringen. Sie alle sind geboren aus dem unentwegenen Bemühen, Werte zu erhalten, die uns seit Jahrhunderten und Jahrhunderten etwas gelten, Werte, mit deren Fortbestand zugleich die Existenz von Millionen verknüpft ist. Man kann diese Hilferufe, aus so verschiedenen Lagern sie auch kommen, leicht auf eine Formel bringen: Geld tut not! Wäre diese Forderung erfüllt, dann wären alle Einzelwünsche von selbst befriedigt und kein Berufszweig hätte noch nötig, seinen selbstverständlichen Anspruch auf Lebensraum vor der Öffentlichkeit besonders anzumelden.

Bedauerlicherweise fällt die Voraussetzung, die wir erleben, wie von einem Tag zum nächsten die finanziellen Mittel für die Aufrechterhaltung unserer öffentlichen Einrichtungen und damit auch für alle privaten Unternehmungen immer spärlicher fließen; das Problem ihrer sinnvollen Verteilung, ihrer Rationierung, rückt immer mehr in den Vordergrund aller Erwägungen und Entschlüsse. Der Bedarf des Augenblicks scheint allein noch maßgebend, ein Denken auf weitere Ziele zwecklos. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in jenem Verteilungsprozeß noch am vorstellbarsten abschneidet, wer sein Wirken als eine Forderung des Augenblicks vor der Öffentlichkeit am überzeugendsten darzulegen versteht.

Unausbleiblich somit, daß andererseits alle diejenigen zu kurz kommen müssen, deren Schaffen — weil es sich auf grundlegend andersgearteten Vorbedingungen aufbaut — nicht schon heute in wirtschaftlich erfassbaren Werten die Rechtfertigung für den Einsatz von Geldern bringen kann. So aber liegen die Dinge in der deutschen Wissenschaft. Ihr Wirken ist in seiner Zielsetzung und erst recht in seinen Ergebnissen alles andere als kurzfristig. In einer raschlebigen Zeit wie der jetzigen scheint es fast dazu herauszufordern, es als eine Notwendigkeit erst zweiter oder dritter Ordnung zu betrachten. „Wir haben jetzt andere Sorgen“, hört man oft einwenden, vor allem von Menschen, die das Denken auf weitere Ziele für einen Verrat an den Forderungen des Augenblicks halten. Das tun leider heute sehr viele in der Ueberzeugung, daß solche Auffassung zeitbedingt und somit zeitgemäß sei, und in Unkenntnis der Tatsache, daß sie dadurch nicht nur den Fortbestand der Forschung, sondern zwangsläufig zugleich jede Weiterentwicklung der Menschheit überhaupt gefährden.

Das mag übertrieben klingen. Für manche verbindet sich noch heute die Vorstellung von der Wissenschaft mit der Vorstellung vom weltfremden Gelehrten, von dessen „grauer Theorie“ zur lebendigen Praxis, zur realen Verwertung ein für gegenwärtige Zeit- und Geschwindigkeitsbegriffe allzu langer Weg führt. Zwischen seinem Anfang und seinem Ende können Jahre und Jahrzehnte liegen; doch in ihnen haben sich oft schon Wandlungen vollzogen oder angebahnt, deren Ausmaß gigantisch ist. Man muß sich klarmachen, daß ungezählte Großindustrien, die heute vielen Tausenden von Arbeitern und Angestellten Brot geben, einzig und allein auf den Ergebnissen langjähriger wissenschaftlicher Forschungsarbeit aufgebaut sind, daß mehr als einmal der Keim zu ihnen gelegt wurde in Gelehrtenstuben und Laboratorien, aus deren Weltabgeschiedenheit kaum eine Brücke zum pulsierenden Leben unseres bewegten Alltags führte. Es können hier nur Stichworte genannt werden: Rundfunk, Kunststoffe, Margarine, Düngemittel, die gesamte Elektrotechnik und das Riesengebiet der Chemie. Hier hat die Forschung Bausteine geschaffen für die Bildung gewaltiger wirtschaftlicher Werte, die heute aus dem Gesamtanliegen unserer Volkswirtschaft nicht mehr wegzudenken sind.

Man darf hierbei nicht allein die Beschäftigung von Millionenheeren wertvoller Menschen in Betracht ziehen, sondern auch ebenjenseitig die Verbesserung unserer Handelsbilanz, wie sie beispielsweise dadurch möglich wurde, daß wir mit Hilfe wissenschaftlicher Verfahren Produkte im eigenen Lande herstellen lernten, für deren Einfuhr aus dem Ausland wir früher Millionenbeträge zahlen mußten. Nur ein Beispiel aus der Landwirtschaft: Die künstliche Stickstoffgewinnung verringerte in erheblichem Umfange unsere Salpetermineralien, ja machte uns sogar zum Ausfuhrland für Stickstoff; so sank die Einfuhr an Chilesalpeter von 135 Mill. M. im Jahre 1913 auf 26 Mill. M. im Jahre 1929, während die Ausfuhr an künstlichem Stickstoffdünger 1929 rund 254 Mill. M. betrug. Ein anderes Beispiel: Mit der Steigerung des Verbrauchs an Thomasmehl von 0,36 auf 2,5 Mill. T. stieg in der Zeit von 1890 bis 1928 der Ernteertrag an Roggen von 10,1 auf 18,5, an Weizen von 14,4 auf 22,3 und an Kartoffeln von 80 auf 144,9 Doppelzentner je Hektar.

Das sind unbestreitbare Tatsachen. Und weil nur Tatsachen überzeugen können, hat der Verein deutscher Ingenieure in einer Ende vorigen Jahres erschienenen kleinen Druckschrift „Forschung tut not!“ eine Reihe von Beispielen aus den verschiedensten Gebieten zusammengestellt, um in knappster Darstellung auf Hand von Zahlen zu zeigen, welche gewaltigen wirtschaftlichen Werte die Welt der Wissenschaft verdankt, wie einzigartig die für sie angewendeten Mittel sich verzinsen. Eindrucksvoller als lange Aufsätze bringen diese schlichten sachlichen Angaben zum Bewußtsein, welches Riesenkapital in den Gehirnen unserer Forscher steckt. Eine Erkenntnis, die die amerikanischen Arbeitergewerkschaften schon im Jahre 1919 veranlaßte, in nachstehender Entschließung die Regierung der Vereinigten Staaten auf die durch planmäßige Forschung zu schaffenden neuen Arbeitsmöglichkeiten hinzuweisen:

„Da die wachsende Produktivität der Industrien, die sich aus wissenschaftlicher Forschung ergibt, ein sehr wichtiger Faktor in dem stets härter werdenden Kampf der Arbeiter ist, ihren Lebensstandard zu erhöhen, und die Bedeutung dieses Faktors stetig zunehmen muß, da es eine Linie gibt, über die der Durchschnittslebensstandard der ganzen Bevölkerung nicht gesteigert werden kann durch das übliche Mittel der Anpassung, und da diese Linie nur gehoben werden kann durch wissenschaftliche Forschung und die Anwendung ihrer Ergebnisse auf die Industrie, so beschließt die American Federation of Labour, daß ein weitgehendes Programm der wissenschaftlichen und technischen Forschung von überwiegender Bedeutung für die nationale Wohlfahrt ist und deshalb in jeder Weise von der Staatsregierung gefördert werden sollte und daß alle Maßnahmen der Regierung selbst in solcher Forschungsarbeit gleichermaßen und großzügig unterstützt werden sollten, um die Forschung im großen zu stärken und auszuweiten.“

Die vorstehend erwähnte Druckschrift hat in der deutschen Öffentlichkeit so starke Beachtung gefunden, daß sich der Verein deutscher Ingenieure entschlossen hat, nach zweimaligem Nachdruck des ersten Buches im Mai d. J. gemeinsam mit anderen Körperschaften einen zweiten Band herauszugeben, dem weitere folgen sollen.

Wenn es so gelungen ist, heute schon weiteren Kreisen der deutschen Öffentlichkeit das Verständnis für die wertschaffenden Kräfte der Forschung näherzubringen, so blieb dies doch vorläufig noch in der Hauptsache auf Technik und Naturwissenschaften beschränkt. Hier läßt sich, unter größeren Gesichtspunkten betrachtet, der unbedingte praktische Nutzen immerhin auch in Markt und Pfennig nachweisen. Bei den Geisteswissenschaften ist dies nicht möglich, und so konnte es nicht ausbleiben, daß sie in Zeiten wie den jetzigen als Opfer einer einseitig materialistischen Auffassung in der Öffentlichkeit

Meinung gegenwärtig einen besonders ungünstigen Platz einnehmen. Die Bestrebungen, auch auf diesem Gebiet eingeleitete Arbeiten durch Zuwendung der notwendigen Mittel nach Möglichkeit in Fluß zu halten, finden bei der breiteren Allgemeinheit oft sehr einschleudende Ablehnung. Wozu Archäologie, wozu Geschichte, wozu Philosophie, fragt man. Man wird gewiß keine befriedigende Antwort finden, wenn man das Streben nach wissenschaftlicher Erkenntnis nur da gerechtfertigt sieht, wo es inbarer Münze auswertbar ist, wenn man glaubt, in Notzeiten grundsätzlich alle Bewegungen abstoppen zu sollen, deren Zweckhaftigkeit nicht unmittelbar auf der Hand liegt. Man kann solcher Auffassung mit Vernunftgründen schwer beikommen, denn sie ist der bewußte Verzicht auf alles, was noch auf die Erhaltung eines kulturellen Hochstandes abzielen könnte. Sie zehrt aber zugleich die Verknüpfung des Wesens der Wissenschaft als ein großes unteilbares Ganzes, als eine Einheit, der die einzelnen Glieder wie Technik, Medizin, Biologie, Soziologie und viele andere erst ihre Voraussetzungen und ihre Lebenskraft entnehmen. Dabei wird schließlich noch ein praktischer Gesichtspunkt außer acht gelassen: daß Forschererbegabungen oft einmalig sind, daß sie genutzt werden müssen, solange sie der Menschheit zur Verfügung stehen und daß sie allein schon durch das Ansehen, das sie in der ganzen Welt genießen, ein wertvolles Kapital für das Land darstellen, dem sie entstammen.

Diese Dinge hier einmal auszusprechen, heißt nicht, die Forderungen der Zeit zu verkennen. Es wäre gewiß aussichtslos, wollte man sich den heute oft zu bemerkenden Versuchen anschließen, in diesem harten Kampf ums Dasein einen Berufszweig gegen den anderen auszuspielen und die Bedeutung des einen für die Erhaltung des Wirtschaftsablaufes auf Kosten des anderen über Gebühr hervorzuheben. Es dürfte aber nicht zwecklos sein, auf die Festigung einer geistigen Einstellung gegenüber einer Gruppe menschlichen Schaffens hinzuwirken, die es infolge ihres Verzichtes auf jegliche Propaganda meist nicht ausreichend verstanden hat, sich in der öffentlichen Meinung den Platz zu sichern, den sie auf Grund ihrer Leistungen für die Allgemeinheit beanspruchen darf. Wenn es gelingt, diese Allgemeinheit von den gewaltigen produktiven Kräften unserer Wissenschaft in vollem Umfange zu überzeugen, und wenn die deutschen Gewerkschaften diesen Bestrebungen weiterhin ihre fördernde Hilfe angedeihen lassen, dann wird in dem großen Rationierungsprozeß, dem heute notgedrungen die öffentlichen Mittel unterworfen sind, die Forschung ganz von selbst in dem Maße bedacht werden, wie es der Bedeutung ihres Wirkens entspricht.

Walter Landsberg.



Dieses seit vielen Jahren nachgefragte Werk erscheint in etwa drei Wochen neu. Es handelt sich um eine Auswahl aus früheren Werken und sind auch mehrere bisher nicht gedruckte Gedichte und Lieder aufgenommen. Heinrich Kämpchen lebte in Bochum-Linden, war Bergarbeiter und eifriges Mitglied unseres Verbandes. — Sein Werk ist unser Werk und müßte von jedem Bergarbeiter gelesen werden. Das prachtvolle Buch, 112 Seiten stark, kostet bei Eingang der Bestellungen bis 31. Dez. 1931 für Verbandsmitglieder nur 90 Pfennig. Ab 1. Jan. 1932 beträgt der Preis 1,20 M. Bestellungen sind durch die Ortsverwaltung zu richten an unsere Verbandsbuchhandlung H. HANSMANN & Co., BOCHUM, Wiemelhauser Str. 38-42

Schaumverfahren zur Bekämpfung des Bohrstäubes

Die Wirkung des Preisauschreibens.

Im Dezember 1927 wurde das „Preisauschreiben für eine Vorrichtung zur Unschädlichmachung des bei der Bohrarbeit in Bergwerken unter Tage entstehenden Staubes“ veröffentlicht. Die Frist für Einreichung der Bewerbungen lief bis zum 31. Dezember 1928. Die Zahl der eingereichten Bewerbungen war sehr groß. Sie betrug annähernd 400. Die Gesamtzahl der Vorrichtungen kann man in folgende Hauptgebiete zusammenfassen:

1. Abfangen oder Abfangen des aus dem Bohrloch heraus tretenden Bohrstäubes,
2. Unschädlichmachung oder Erfassung und Abführung des Staubes im Bohrloch,
3. Schutz der Atmungsorgane gegen den Bohrstaub durch Staubmasken.

Das letzte Gebiet wollen wir heute aus unseren Betrachtungen ausschließen, obwohl zu den Staubmasken sehr viel zu sagen ist. Wir wollen uns auf die anderen und besonders auf das Schaumverfahren beschränken.

Das Preisgericht war vor schwierige Aufgaben gestellt; denn es mußte irgendein System angewandt werden, vermittels dessen man die Wirkungsweise der verschiedenen Vorrichtungen hinsichtlich des Unschädlichmachens des Bohrstäubes prüfen konnte. Schließlich wurde von den zahlreich vorliegenden Einrichtungen zur Messung der in der Luft schwebenden Staubmengen der sogenannte „Dwenzsche Staubbähler“ in Gebrauch genommen, mit dem die ganzen Prüfungen durchgeführt wurden.

Die besten Erfolge, die bei allen Versuchen immer wieder festgestellt wurden, ergab das Schaumverfahren. System „Minimax-Schürmeyer“. Bei der Bearbeitung des Preisgerichts war folgende Vorrichtung vorhanden: In einem tragbaren Kessel wurde eine Mischung von Saponin (Seifenstoff) in Wasser aufgelöst. Durch Druckluft wurde die Lösung durch einen Rieselfilter durchgedrückt, wo sie zu Schaum verwandelt wurde. Dieser Schaum wurde durch einen Schlauch bis an das Bohrloch gebracht. Das Bohrloch mußte zuerst mit einem verhältnismäßig breiten Bohrer vorgebohrt werden, um eine Büchse im Bohrlochmund befestigen zu können. Während des Vorbohrers bildete sich allerdings Bohrstaub, den man durch den Schaumstrahl aber auf ein Mindestmaß herabdrückte. War die Büchse eingebaut, dann konnte der reguläre Bohrer durch diese hindurchgeführt werden. Der Schaum trat im Bohrloch, d. h. in der Büchse im Bohrlochmund heraus und erfaßte den vom Bohrer herausgebrachten Staub, der durch den Schaum gebunden wurde.

Die günstigen Ergebnisse munterten zur Vervollkommnung dieses Systems an; man hatte in der folgenden Zeit eifrig daran gearbeitet. Auch die Berufsgenossenschaft hat es übernommen, das Verfahren nach allen Seiten hin durchzuprüfen. Die Firma Minimax hat alles getan, um die praktische Verwertung möglich

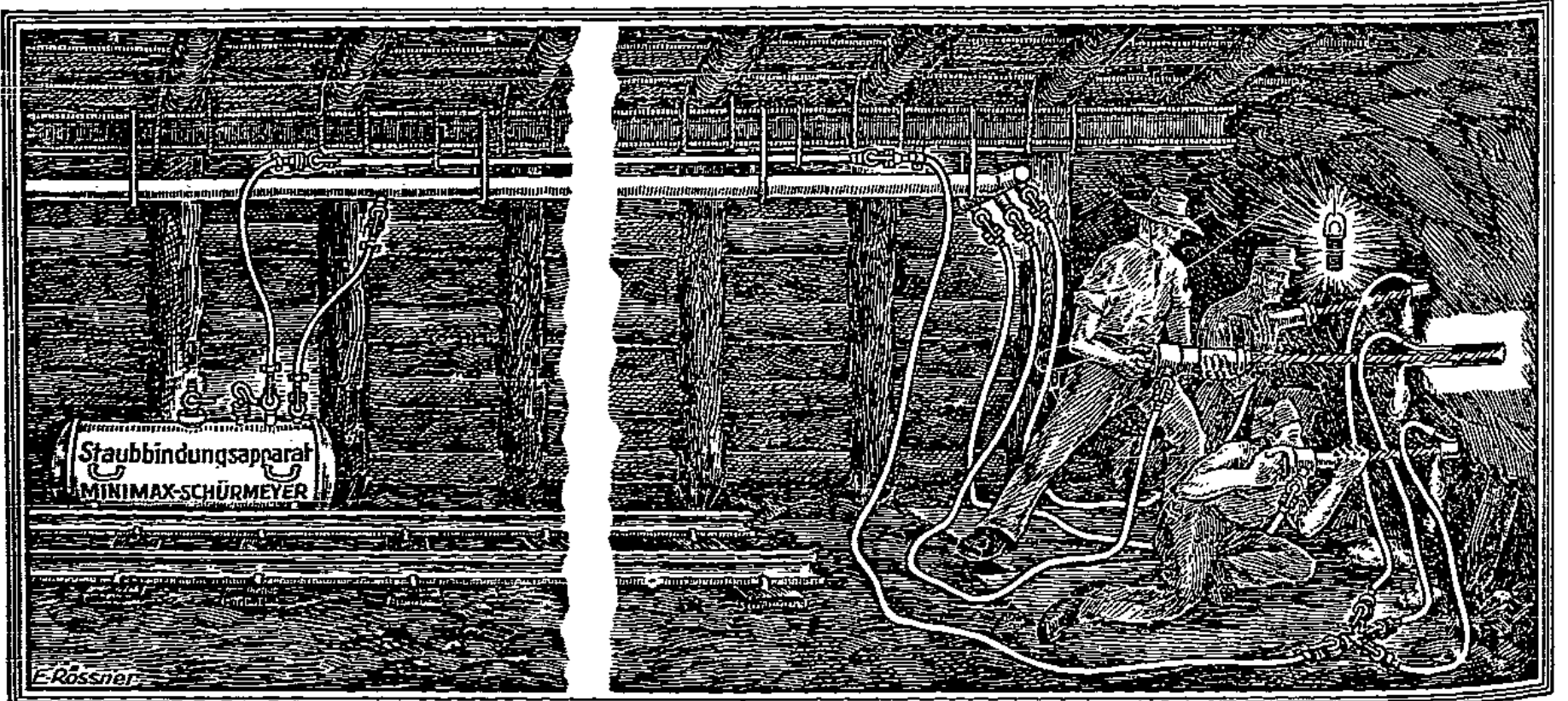
zu machen. Der Erfinder ist ein Bergmann aus dem Ruhrgebiet, Schürmeyer, der mit der Firma Minimax zusammenarbeitet.

Wie wir nun schon in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift berichtet, ist das Schaumverfahren seit längerer Zeit für die praktische Durchführung r.f. Die Unternehmer haben aus Geschäftsgründen die Durchführung verschleppt, obwohl die Staubmengen für den Bergarbeiter unter den Bergarbeitern wüsten. Die Beschäftigten von einem eigenmächtigen Ankauf der Vorrichtung abgehalten, um geschäftsmäßig einen Druck auf die Firma Minimax auszuüben. Wie die Sache im Augenblick steht, wissen wir nicht.

Die Vervollkommnung des Verfahrens geht aus dem untenstehenden Bild hervor. (Wir entnehmen das Bild einem Prospekt der Firma Minimax W.G., Berlin.) Benutzt wird ein größerer transportabler Kessel für die Saponinlösung. Ein Verteiler sorgt dafür, daß beispielsweise vor Durchschlägen mehrere Bohrungen zugleich vorgenommen werden können. Die ursprünglich vorgeschriebene Büchse fällt jetzt weg. An ihre Stelle ist eine einfache und billige Spirale getreten. Ein Vorbohren durch einen besonders breiten Bohrer ist nicht mehr notwendig. Die Spirale kann in das vom normalen Anfangsbohrer hergestellte Loch hineingedrückt werden und sitzt dort fest. An dieser Spirale ist das Mundstück der Schaumleitung befestigt. Auch andere Anwendungsmöglichkeiten beim Bohren sind vorhanden, nämlich die Zuführung des Schaumes durch Hochbohrer ins Bohrloch. Es treten dann dieselben Wirkungen ein, wie wir sie bei der Wasserlösung schon kennen gelernt haben. Hier gibt es aber Schwierigkeiten, die in folgendem liegen: Auf den Bohrer vor dem Bohrkessel mußte eine besondere Vorrichtung, der sogenannte „Spülkopf“ aufgesetzt werden. Die Bohrer mußten zu diesem Zweck besonders bearbeitet werden, was an sich schon Kosten verursacht. Dazu kommen die Spülköpfe, deren Dichtungen schwierig ist.

Bei den Bergleuten besteht zum Teil eine Antipathie gegen dieses Verfahren. Beim Bohren fällt immer noch eine gewisse Menge Schaum ab, der auf der Sohle einen massigen Haufen bildet. Beim Nachbohren in Aufschlägen müßten besondere Säcke zum Abfangen des Schaumes verwendet werden. Nebenbei sei aber hier erwähnt, daß für Aufschläge eine andere Erfindung geeignet erscheint, die den Bohrstaub von der Bohrlochmündung absaugt. Diese Einrichtung eignet sich gerade in Aufschlägen besonders gut, während sie vor Durchschlägen schlecht zu benutzen ist.

Aber auch die Bergleute müssen bedenken, daß es um ihre Gesundheit geht. 300 Tote und über 1000 Schwerverrannte im Jahr ist eine geradezu furchtbare Ziffer. Wie regt sich berechtigterweise die Welt auf, wenn durch ein Massenunglück viele Kameraden auf einmal auf der Strede bleiben. Geben diese durch Gefährdungen verursachten Ziffern nicht Veranlassung genug, den Kampf dagegen mit aller Energie aufzunehmen?



*) Einzelpreis 30 Pf., bei Abnahme von 10 Stück und mehr 20 Pf. In beziehen auch Vereine deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Friedrich-Ebert-Straße 27.

Generalkündigung im Ruhrbergbau.

Die Ruhrzechenbesitzer haben beschlossen, der gesamten bergmännischen Belegschaft im Ruhrbergbau zum 30. November 1931 zu kündigen. Diese Kündigung ist als vorübergehende Maßnahme gedacht. Am 30. November läuft nämlich die Geltungsdauer des jetzigen Lohntarifs ab, über dessen neuen Inhalt die Verhandlungen noch bevorstehen bzw. jetzt noch keine Klarheit besteht. Bekanntlich erstreben die Zechenbesitzer einen radikalen Lohnabbau, wogegen sich die Arbeitererschaft energisch wehrt. Da der Streit nun im Schlichtungsverfahren seine Lösung finden soll, kommt alles darauf an, wie der in der Schlichterkammer zu fallende Schiedspruch aussehen wird.

Die Zechenbesitzer wollen auf ihrer Forderung eines erheblichen Lohnabbaues bestehen bleiben, wobei sie aber damit rechnen, daß der Schlichter nicht mit ihnen gehen wird. Da aber der Schlichter allein keinen Schiedspruch fällen kann, müßte er sich also dann zu einem Schiedspruch die Zustimmung der Arbeitervertreter sichern. Diese aber werden sich gegen jeden Lohnabzug wehren und ihrerseits keinem Schiedspruch zustimmen, der irgendeine Lohnherabsetzung bringen soll. Damit wäre also die Möglichkeit verlohren, durch einen Schiedspruch mit Lohnabbau zu einer Beilegung des Lohnkonflikts zu gelangen, d. h. es träte dann automatisch ab 1. Dezember 1931 ein tarifloser Zustand im Ruhrbergbau ein.

Die Kündigungsmaßnahme der Ruhrzechenbesitzer bedeutet nun nichts anderes, als eine Einstellung auf diese Eventualität und ihre Auswertung. In einem tariflosen Zustande wäre nämlich die Lohnfrage nur noch eine reine Machtfrage, d. h. die Unternehmer könnten die Löhne völlig willkürlich festsetzen insoweit,

als sie sich den Arbeitern gegenüber als stark genug erweisen können. Ohne die Kündigung jedoch müßten die Unternehmer auch bei tariflosem Zustande die Tariflöhne weiterzahlen nach der bisherigen Rechtsprechung, soweit die Arbeiter darauf bestehen würden. Die Hauptfrage ist also vorläufig die: Wird der Reichsarbeitsminister tatsächlich im Ruhrbergbau einen tariflosen Zustand riskieren?

Die Zechenbesitzer scheinen es ja anzunehmen. Wir aber möchten zumindest warnen, es soweit kommen zu lassen, da damit niemand mehr mit der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens im Ruhrgebiet zu rechnen vermöchte. Wir sind aber weiter der Auffassung, daß endlich Schluß gemacht werden muß mit dem Lohnabbau und die Regierung die Verpflichtung hat, die jetzigen Löhne unbedingt zu sichern. Die Arbeiter haben in dieser Krise nicht nur genug, sondern übermenschliche Opfer gebracht. Die Reihe ist jetzt an der anderen Seite. Wenn nämlich tatsächlich die Regierung der Auffassung ist, daß wir aus finanzpolitischen Gründen auf ein niedrigeres Niveau der Wirtschaftskosten herab müssen, dann kann das nicht nur einseitig auf der Lohnseite gefördert und erzwungen werden, sondern vor allem und zuerst auf der Preisseite! So allein kann nur die reale Kaufkraft erhalten werden, was allein ein Abgleiten in die völlige Katastrophe verhindert. Die Krise zu überwinden aber wäre sogar noch eine wesentliche Hebung der Kaufkraft notwendig. Deshalb muß der Absicht der Zechenbesitzer ein Riegel vorgeschoben und jeder Lohnabbau verhindert werden, bis die Preise auf der anderen Seite soweit nach unten Raum geben, daß keine Schwächung der Kaufkraft eintreten kann.

zerner, nämlich die Gelsenkirchener Bergwerks-AG., der Bochumer Verein, die Deutsch-Lugenburgische Bergwerks- und Hütten-AG., Thyssen, die Phönix- und Rheinische AG., sowie die Stahlwerke von der Thyssen und Wessener Eisenhütten-AG., zusammengefaßt zu den Vereinigten Stahlwerken, als Vertreter der Trustidee, wobei die früheren Gruppen noch als Holdinggesellschaften für ihre eingebrachten Vertriebsanlagen fungieren, die anderen Werkskomplexe, wie Krupp, Klöckner, Hoersch, Mannesmann und Gutehoffnungshütte als Vertreter der Konzernidee. Wie stark die wirtschaftliche Aktionsfähigkeit beider Richtungen ist, ergibt sich aus den nachstehenden Beteiligungsziffern der betreffenden Gruppen bei den einzelnen Verbänden:

Unternehmen	Kohle		Eisen	
	Zu.	Pro.	Zu.	Pro.
Vereinigte Stahlwerke	25 884 500	8 473 900	10 307 520	7,98
Aufgelassene Werke (Eisen u. Stahlwerke allein)	65 012 700	958 800	350 000	1,41
Krupp	2 331 300	512 107	3 010 000	1,79
Gutehoffnungshütte	3 530 500	637 300	1 835 200	1,08
Hoersch	1 614 700	409 450	1 280 000	1,04
Klöckner	4 278 200	1 497 600	1 497 600	0,89
Mannesmann	4 502 700	1 628 000	590 000	0,41
Gesamtquoten aller Werke	137 193 000	38 905 600	27 780 000	17,78

¹⁾ Betz: „Vollständig und vollständig“; Krichel: „Das neue Stahljahr“ in „Frankfurter Zeitung“, Nr. 14 vom 22. 2. 1930; betr. Kohlenbeteiligungs ziffern vgl. „Vorbereit.“, 1927/28, S. 459-461.

a) „Zu und außer“ der Vorzeichen. Eine die Quoten der aufgegebenen früheren Anteile der Kohlenbeteiligungs ziffer, z. B. Stahlwerke, bed. zu einem Teil werden die Quoten auch den nicht zu dieser Konzern gehörigen Mitgliedern zugute kommen.
b) Eisen-Steinkohlenbergwerke AG.
c) Hier wurden mitgerechnet: die Anteile der Gruppe Friedr. Otto Wolff, also Marzberg, ferner Thyssen, Rhein. AG., Stahlwerke, Gutehoffnungshütte; auch die Wiltener Anteile wurde hierbei berücksichtigt.

Im Vergleich mit den früheren Zahlen ist gemäß dieser Uebersicht mit großer Deutlichkeit zu ersehen, wie der Aufbauprozess immer weitere Fortschritte macht. Dieser ist denn inzwischen so weit gediehen, daß der größte Teil der Roheisen- und Hochofenerzeugung bereits in den Händen dieser sechs Unternehmen liegt, denn ihre Beteiligung an Hochofen beträgt 87 Proz. und an Roheisen 70,4 Proz. Aber auch im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat ist ihre Vormachtstellung ganz bedeutend, zumal sie hier von der Selbstverbrauchs ziffer 68 Proz., sowie von der Verkaufsquote 34,3 Proz. und von der Koksquote 35,5 Proz. innehaben.

Mehr und mehr ist ferner aus dieser Aufstellung zu erkennen, daß die Konzentration zu einer reinen Machtfrage einiger Gruppen geworden ist, die im Besitz der modernsten Werke sind und deren Endzweck naturgemäß der ist, durch die weitere Ausbuchtung dieser Machtkonzentration durch Summierung von Betrieben ihre Position immer mehr zu stärken und dadurch das Betriebsmonopol immer mehr verdichten. Diese monopolistische Tendenz wird noch verstärkt durch die neueste Weiterbildung der Zusammenfassungsbewegung, die ebenfalls unter der Initiative der Vereinigten Stahlwerke erfolgte, und wobei letztere maßgebenden Einfluß erlangten.

Hierbei handelt es sich um die Uebernahme der Werksanlagen der Henrichshütte, des Wiltener Gußstahlwerkes, der Rheinisch-Westfälischen Stahl- und Walzwerke, der Mannener Gußstahlwerke und der Ber. Bräu- und Hammerwerke in Brackwede durch die neugegründete Ruhrstahl-AG.; daneben wäre noch die Verschmelzung der Essener Steinkohlenbergwerke mit Gelsenberg zu erwähnen.¹⁾

In bezug auf die Frage des Zusammenhanges zwischen Theorie und Entwicklung weisen aber die Ausführungen andererseits darauf hin, daß durch den Gang der Entwicklung die Wichtigkeit der Marx'schen Konzentrationslehre, was die Montanindustrie anbetrifft, immer mehr bekräftigt wird. Dieser Konzentrationsprozeß hat mit der Ueberwindung der lokalen Betriebsformen eine deutliche Tendenz zu einer Einheit, und wir können behaupten, daß mit dem weiteren Heraustreten dieser Tendenz infolge der überlegenen, erdrückenden Finanzierungs-kapazität und Kapitalkraft eines nach dem Monopol tendierenden Unternehmens die Konzentration ein weit schnelleres Tempo noch annehmen wird.
Dr. G. Hempel, Bochum.

¹⁾ „Ab.-W. Ztg.“ Jahrg. 193, Nr. 155 vom 25. März 1930.
²⁾ Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, 7. Auflage, Hamburg 1914, S. 585 ff.

Die Betriebskonzentrationsbewegung in der Ruhrmontanindustrie.

(Schluß.)

Wie bedeutend sich gegenüber vor dem Kriege die wirtschaftliche Aktionsfähigkeit zugunsten einiger Vertikalkonzerne verschoben hatte, geht daraus hervor, daß bei der Stabilisierung der Markt im Ruhrgebiet zehn gemischte Konzerne nebeneinander bestanden, die allein 48,8 Proz. der Kohlenverkaufsquote, 88,8 Proz. der Selbstverbrauchsquote, 65 Proz. der Beteiligungsziffer des Roheisenverbandes und 58,7 Proz. der Beteiligungsziffer des Stahlwerksverbandes vertraten. Es waren: 1. die Siemens-Rhein-Eisen-Schuckert-Union, 2. Krupp, 3. Haniel (Gutehoffnungshütte), 4. Stumm, 5. Henschel-Essener-Steinkohlen-Vereinigung, 6. Voithring, 7. Klöckner, 8. Thyssen, 9. Höpff-Köln-Neuhausen, 10. Phönix und Rheinische, die beiden letzteren unter sich dadurch enger verbunden, daß die Handelsfirma Otto Wolf erhebliche Aktienpakete beider Unternehmungen besaß.¹⁾

Mit der Stabilisierung der Währung hatte aber auch die Periode beispielloser Expansion ihr Ende erreicht, und das Wiederauftreten der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt verlangte kategorisch die Ausbildung und Rückführung der Konzentration auf ein wirtschaftlich bereinigtes Maß.

Angehts dieser Verhältnisse geschah die betriebliche Reorganisation stark in Anlehnung an die Prinzipien der Vorkriegszeit, also engste Verbindung zwischen Bergbau, Eisen- und Stahlzeugender Industrie; die Einbeziehung der weiterverarbeitenden und Verfeinerungsindustrie nur soweit, als sie nach rein ökonomischen Gesichtspunkten eine notwendige Ergänzung der vorhergehenden Stufe darstellte. So liegt zum Beispiel bei den Vereinigten Stahlwerken der Schwerpunkt der Weiterverarbeitungsstufe bei den Bochumer Werken. Beim Voithringkonzern wird diese Stufe durch die Eisen- und Hüttenwerke AG. dargestellt.

Somit blieb auch in dieser Zeit die Ausbildung und Weitergestaltung der Vertikalkombination das Vorherrschende; bekanntlich war in dieser Hinsicht die größte Transaktion der Zusammen-

schluß von sieben der größten deutschen Montankonzerne zu den Vereinigten Stahlwerken.²⁾

Zum Teil völlig neue Wege ging man indessen im organisatorischen Aufbau der Unternehmungen. Vor dem Kriege war der oft noch lokal gebundene Konzern die Norm, der meistens rein individuell geprägte, d. h. durch die Person seines Gründers seine besondere Note hatte. Zum Beispiel die Deutsch-Lugenburgische Bergwerks- und Hütten-AG. durch Simons, der Bochumer Verein durch Baars, die Gelsenkirchener Bergwerks-AG. durch Kirdorf, die Harpener Bergbau-AG. durch Müller usw. Die Entwicklung bis zu diesem bestimmten Typ war 1914 zu Ende.

Die folgende Form der Interessengemeinschaft brachte keine befriedigende Lösung, um so mehr, als sie auf die Gestaltung der produktionswirtschaftlichen Verhältnisse wenig Einfluß hatte. Als dann infolge der Stabilisierung der Währung das ökonomische Moment durch den allgemeinen technischen Rationalisierungsprozeß in den Vordergrund trat, ging ein Teil der Montankonzerne neue Wege, indem er die Form des Trusts annahm, um dadurch der Zersplitterung der Produktion durch gegenseitigen Austausch der Fabrikationsprogramme Einheit zu tun und die Produktion nur auf den leistungsfähigsten Betrieb der jeweiligen Erzeugungsart zu konzentrieren, um hierdurch die Anlagen voll auszunutzen, die Kosten zu senken und die Rentabilität erhöhen zu können. Hierfür eignete sich natürlich am besten die Form des Trusts, da hierdurch dieser Teil der Konzentration zu einer rechtlichen, produktions-, verwaltungs- und abfahrtsrechtlichen Einheit wurde, und die Schranken und Hemmnisse, die sich bei der Selbstständigkeit und dezentralen Leitung der einzelnen Werkskörper ergaben, somit fortfielen. Der andere Teil dagegen lehnte sich hinsichtlich der Grundlage für seine Reorganisation stark an den Konzernbetrieb der Vorkriegszeit an.

Demnach stehen sich gegenüber der einheitlichen Entwicklung der Vorkriegszeit, repräsentiert durch fast gleich starke Konzerne, nunmehr zwei Richtungen gegenüber. Der eine Teil der Kon-

²⁾ Außerlich wirkte dieser Zusammenschluß zwar horizontal, im Betriebsaufbau sind jedoch sämtliche Werkskomplexe vertikal durchkombiniert.

Distussion über Zeitfragen.

Hilferdiktatur oder Hiltterkoalition? Die Grenzen des Naziaufstiegs. Die Geldgeber der Nazis fordern Gegendienste. Hitlers Angst um die Früchte seines Erfolges.

„Was hältst du eigentlich von dem Geplänkel, das in der letzten Zeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten sich bemerkbar machte von wegen Regierungskoalition und so?“

„Was ich davon halte? Gott, man darf solche Erscheinungen nicht allzu ernst nehmen. An sich ist es ja ganz natürlich, daß zwischen großen Parteien zu gegebener Zeit Fühlung aufgenommen wird in der Absicht, alle möglichen Frontstellungen und Kräfteabteilungen kennenzulernen.“

„Das schon, aber ich meine, in diesem Falle ist es ja nun doch etwas anders und handelt es sich auch um eine etwas überraschende Tatsache, da doch bisher die Nazis grundsätzlich gegen das heutige Staatsystem sind und auch gegen eine parlamentarische Regierung. Sie erstreben doch die Alleinherrschaft und die alleinige Diktatur.“

„Das ist wenigstens ihre geschichtliche Absicht. Sie wollen, wie sie vorgeben, durch ihre Bewegung das sogenannte faschistische System herbeiführen. Aber das ist ja nun doch leichter gesagt als getan.“

„Na, so ganz schwer ist sowas ja nicht, denn wir haben doch schon mehr Staaten mit Faschismus. Und was dort möglich wurde, kann auch vielleicht leicht einmal bei uns möglich werden.“

„Durchaus. Aber leicht ist das auf keinen Fall. Besonders bei uns in Deutschland nicht, wo eine sehr wachsame Arbeitererschaft lebt, die sich nicht überumpeln lassen wird.“

„Meinst du, daß die Arbeiter darauf vorbereitet sind?“

„Das sind die deutschen Arbeiter immer. Du mußt bedenken, daß wir in Deutschland ungefähr sieben bis acht Millionen gewerkschaftlich organisierte Werktätige haben, die auf demokratischem Boden stehen und die Republik bejahen. Und diese Organisationen sind immer schlagfertig.“

„Ach ja, du hast recht, denn vor kurzem haben ja sämtliche Gewerkschaftsgruppen, also die freien, die christlichen und die demokratischen Gewerkschaften eine Kampfgemeinschaft angefangen für den Fall, daß in Deutschland eine nationalfaschistische Rechtsreaktion die Macht an sich reißen und gegen die Arbeitenden regieren wollte.“

„So ist es. Und darüber gibt es keinen Zweifel, daß sich keine Reaktion gewaltsam gegen diese geschlossene Front der Arbeiter durchsetzen könnte.“

„Du sagst gewaltsam. Aber jetzt komme ich wieder auf die Sache Zentrum—Nazis zurück, wo es sich doch um nichts

Gewalttames, sondern um eine legale Koalition handeln würde. In solchem Falle könnte die Arbeiterkraft doch nichts machen, weil das ja ganz verfassungsmäßig zugeht.“

„In solchem Falle hätte die Arbeitererschaft auch gar keine Ursache, dagegen etwas zu unternehmen. Wir hatten ja schon mehr Rechtsregierungen. Wenn auch die Arbeiter davon immer den Schaden hatten, sie konnten aber daraus ihre Schlüsse ziehen und bei nachfolgenden Wahlen diesen Regierungen die Quittung geben und wieder „links“ wählen.“

„Dann meinst du also, daß die Nazis bereit sind, auf ihren Faschismus zu verzichten, um sich an einer Rechtsregierung zu beteiligen, die demokratische und republikanische Politik macht?“

„Das meine ich nicht, sondern man kann höchstens sagen, daß für eine solche Möglichkeit einzelne Anhaltspunkte sprechen. Und aus diesem Grunde, so nehme ich an, verfuhrte man von Zentrumsseite aus einmal abzutreten, wie es in Wirklichkeit denn bei den Nazis diesbezüglich aussieht.“

„Worauf stützt sich denn die Annahme für diese mögliche Wandlung bei den Nazis?“

„Nun, auffallend war doch hier vor allem die Tatsache, daß sich Hitler ganz offen, persönlich und offiziell, an der Bildung der „nationalen Opposition“ in Harzburg beteiligte. Und diese „nationale Opposition“ wurde gebildet mit dem Ziel und in der Erwartung, daß Brüning gestürzt würde und sie, also alle in dieser „nationalen Opposition“ vereinigten Gruppen und Parteien und nicht etwa die Nazis allein, die neue Regierung zu bilden hätten. Das wäre in Wirklichkeit nichts anderes gewesen als eine Rechtskoalition, an der sich auch Hitler beteiligt hätte.“

„Du hast recht; aber hier kommt immer wieder hinzu, daß die Nazis das nur mitmachen wollen, um so die anderen überzumpeln zu können und doch ihren Faschismus aufzubauen.“

„So mögen es vielleicht die kleinen Klaffen in den Naziverfammlungen ihren politisch verblödeten Zuhörern vorerzählen. Die Naziführung ist sich darüber klar, daß sich so leicht wie es diese Versammlungsdemagogen darstellen, in Deutschland doch nicht eine „legale“ Revolution machen läßt.“

„Aber was könnte denn die Naziführung bewegen, von ihren alten Plänen abzuweichen und sich auf eine Rechtskoalitionsregierung einzustellen, in der sie nur „mittun“ können.“

„Dafür gibt es viererlei Gründe. Einmal weiß man genau, daß der Nazipartei für ihr Wachstum bestimmte Grenzen gezogen sind. Bei weitherzigerer Verteilung wird man ihr kaum die Möglichkeit zusprechen können, ein Drittel der Reichstagsmandate mit dem bestehenden Wahlsystem erobern zu können, da zu einem solchen Drittel rund 190 bis 200 Mandate notwendig wären.“

„Das glaube ich nun ja auch. Und nun begreife ich, wo du hinaus willst. Du willst sagen, daß, wenn dem so ist und die Nazis das selbst einsehen, sie jede Hoffnung aufgeben müßten, durch eigene Kraft und „legal“ die Macht allein in die Hand zu bekommen, da ja schon für einfache Gesetze mehr als die Hälfte der Abgeordneten notwendig ist und für Änderung der Verfassung, also des Systems, wie die Nazis sagen, gar zwei Drittel. Und deshalb, so meinst du, werden bei den Naziführern allmählich die Koalitionsgedanken lebendig.“

„So scheint es wenigstens so sein und wird es auch sein, wenn sich die Leute auch nur noch einen Rest von politischer Ueberlegung und Urteilsfähigkeit bewahrt haben. Sie müssen sich nämlich sagen, daß, wenn sie nicht jetzt, in dieser furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Notzeit, irgendwie an die Regierung kommen, das für nachfolgende Zeiten noch viel aussichtsloser sein wird.“

„Du gehst bei deiner Beurteilung immer von der Annahme aus, daß die Nazis unter allen Umständen in die Regierung hinein wollen. Aber vielleicht haben sie gar kein Interesse daran, wenn sie nicht gleichzeitig damit diktieren und das heutige System ändern können. Das sagen ja auch die Führer der Nazis gerade jetzt immer wieder in ihren Auslassungen zu den Koalitionsdebatten zwischen Zentrums- und Nazipolitikern.“

„Schon richtig. Aber man kann die Absichten der Nazipartei nicht daran erfordern und erkennen, was diese oder jene führenden Funktionäre dieser Partei sagen oder schreiben, sondern nur daran, was ihr Führer, Adolf Hitler, bestimmt. Er ist eben der oberste Diktator, dem sich alles in seiner Bewegung unterzuordnen hat. Und fest steht, daß er selber sich bis jetzt völlig reserviert und schweigsam gehalten hat in der bisherigen Koalitionsdebatte. Nur eine Ausnahme besteht, und zwar Harzburg, wo seine Worte und seine Haltung zumindest erkennen ließen, daß er nicht grundsätzlich abgeneigt ist, eine Koalition einzugehen; wenn auch vorerst nur einmal mit der „nationalen Opposition“. Aber dort schon wurde ausdrücklich gesagt, daß sich jeder, der „guten Willens“ sei, dieser „nationalen Opposition“ anschließen könne. Der Rahmen der Koalition also, in der sich Hitler beteiligen würde, ist vorerst noch keineswegs fest bestimmt. Und ob er das Zentrum schließlich auch noch für „würdig“ hält, mit einbe-

Zur Arbeitszeitverkürzung und Krümpersystem.

Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat wiederholt auch die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau gefordert. Die Gründe, die dabei für eine Herabsetzung der Arbeitszeit sprachen, sind auch heute noch im verstärkten Maße vorhanden. Hinzu kommt noch, daß die in den letzten Monaten eingetretene verschärfte Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau (Ende September d. J. rund 103 000 arbeitssuchende Bergarbeiter) sowie die große Zahl der Feiertagschichten trotz des ständigen Abbaues der Belegschaften im Bergbau sich in keiner Weise verringert, im Gegenteil noch vermehrt und eine nie gekannte Höhe erreicht haben. Seit Januar d. J. ist die Zahl der Feiertagschichten von rund 405 000 auf 909 000 im September gestiegen. Weitere Betriebsstillegungen und Betriebs einschränkungen in größerem Umfange stehen bevor, so daß ein Ende der Krise nicht abzusehen ist. Die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, insbesondere die im Tarifvertrag vorgesehene Siebenstundenschicht ist heute dringender denn je.

Angeichts der immer größer werdenden Notlage der Bergarbeiter hält sich die Arbeitnehmergruppe für verpflichtet, neben der vorgenannten Forderung weitere Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, ohne sofortige Erleichterung zu schaffen.

Diese sind in der Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche oder in dem sogenannten Krümpersystem zu erblicken.

Nach der Notverordnung vom 5. Juni 1931 ist die Reichsregierung ermächtigt, durch Verordnung mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe, Gewerbebezüge, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern die in der Arbeitszeitverordnung vorgesehene regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und die Zulässigkeit von Mehrarbeit auf Grund der §§ 2 oder 5 der Verordnung über die Arbeitszeit von der Genehmigung der Gewerbeaufsicht abhängig zu machen. Die Arbeitnehmergruppe steht auf dem Standpunkt, daß die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche als ein geeignetes Mittel angesehen werden kann, welches wesentlich zur Erleichterung des gegenwärtigen Notstandes im Bergbau beiträgt. Durch die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche wird jedenfalls die Möglichkeit geschaffen, daß ein weiterer Abbau von Bergarbeitern verhindert wird. Außerdem würde dadurch eine gleichmäßige Verteilung der Feiertagschichten herbeigeführt werden können, denn der Zustand, daß in der jetzigen Notzeit auf verschiedenen Schichtanlagen noch Ueber-schichten verfahren und dagegen auf anderen Schichtanlagen sechs bis sieben und mehr Feiertagschichten eingelegt werden, ist unhaltbar. Die Ueber-schichten mit der Sortenfrage zu begründen, dürfte nicht stichhaltig sein. Die Arbeitnehmergruppe sieht hierin keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, denn diese dürften durch Neueinstellung von Arbeitern zu beheben sein.

Auch das Krümpersystem, wie es bereits als Versuch im nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau eingeführt ist, dürfte nach Ansicht der Arbeitnehmergruppe für den Ruhrbergbau geeignet erscheinen. Selbstverständlich muß bei den zu treffenden Vereinbarungen dafür Sorge getragen werden, daß die zur Verurteilung kommenden Bergarbeiter nach Ablauf des Urlaubs wieder eingestellt werden und ihnen für diese Zeit die Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen betrachtet die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer es als ein Gebot der Stunde, daß auf dem schnellsten Wege Maßnahmen ergriffen werden, die die große Noilage der Arbeitnehmer im Bergbau wesentlich verringern. Sie eruchtet daher die Reichsregierung sowie alle beteiligten Kreise, sich dafür einzusetzen, daß den Vorschlägen auf dem schnellsten Wege Rechnung getragen wird.

Der Präsident der Bergarbeiterinternationale †.

Die englischen Bergarbeiter und mit ihnen die gesamte Bergarbeiterinternationale haben wiederum einen schweren Verlust zu beklagen. Am 8. November verschied in Cardiff der Vorsitzende der Bergarbeiterinternationale, Tom Richards, im Alter von 72 Jahren.



Kamerad Richards hat bis vor wenigen Monaten seinen Dienst als Generalsekretär der Waliser Bergarbeiter mit allgemein anerkanntem Erfolge versehen. Er hatte diese Stellung, die ihn zu den höchsten Aufgaben in der englischen und internationalen Arbeiterbewegung führte, seit 1888 ununterbrochen inne.

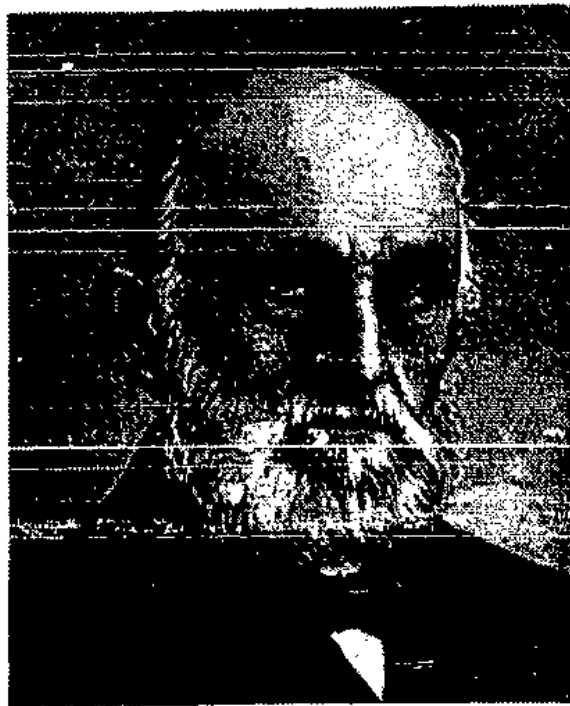
Bereits mit zwölf Jahren kam er zur Grube. Wegen seines Eintretens für die Interessen seiner Arbeitsbrüder wurde er 1888 gemahregelt, woraufhin seine Kameraden in einen siebenwöchigen Streik traten und ihn danach zum Geschäftsführer des Waliser Bezirks wählten. 1898 wurde er erster Generalsekretär für Süd-Wales und vertrat diesen Bezirk auch im englischen Parlament von 1904 bis 1920. In Anerkennung seiner Verdienste in der sozialen Fürsorge erhielt er 1918 den Titel eines Geheimen Rates, eine Auszeichnung, die die gesamte Bewegung ehrte. Seit 1922 war er Vizepräsident des britischen Bergarbeiterverbandes, dessen Vorsitz er 1929 als Nachfolger von Herbert Smith übernahm. Auf dem diesjährigen englischen Bergarbeiterkongress wurde ihm wiederum die Präsidentschaft angetragen, die er aber mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit ausglich.

In der Bergarbeiterinternationale war er seit langen Jahren ständiger Vertreter des englischen Bergarbeiterverbandes. Nach dem Rücktritt von Herbert Smith wählte ihn der letzte Internationale Bergarbeiterkongress in Krakau zum Präsidenten der Internationale. In dieser Eigenschaft hat er hervorragenden Anteil an den Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation zur Verkürzung der bergbäulichen Arbeitszeit genommen. Er galt in Bergarbeiterfragen als eine internationale Autorität von hohem Ruf. Seine jahrzehntelange Erfahrung als Arbeiterführer setzte ihn in den Stand, auch die schwierigsten Situationen, wie sie bei internationalen Verhandlungen des öfteren sich ergeben, zu meistern. Er hat allwärts und in allen Lagern aufrichtige Freunde besessen, und die Bergarbeiterinternationale konnte mit Recht stolz auf ihn sein.

Sein Heimgang wird von uns aufs tiefste betrauert. Seine edlen menschlichen Eigenschaften, seine wahrhafte Berufung zum Führer der Bergarbeiter und seine hervorragende Bewährung in einem langen, arbeitsreichen Leben sichern ihm ein stetes Andenken in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt.

Ein 75jähriger mahnt!

Unser Bild zeigt den Kameraden Karl Hansch aus Essen-Schonnebeck. Er ist 75 Jahre alt und seit 1891 Mitglied unseres Verbandes. In der SPD. ist er fast ebenso lange Funktionär und marschiert heute noch immer aktiv in voller Ausrüstung im Reichsbanner mit. Er sagt:



„Ich verstehe, daß die jungen Kameraden heute oft unzufrieden sind. Die Not ist ja so furchtbar groß in diesen Tagen. Sie wissen eben nicht, daß es früher zu unserer Zeit noch viel schlechter war, besonders in bezug auf Behandlung und Kampfmöglichkeit. Aber auch wir haben dreißig Jahre gekämpft und ausgehalten, bis wir die politische Bewegungsfreiheit errungen hatten. Wäre die Arbeiterchaft von Anfang an einig gewesen, dann hätte es nicht so lange gedauert. Und jetzt helfen wir auch noch mit, um die wirtschaftliche Freiheit zu erkämpfen. Leider

macht es die Arbeiterchaft genau so wie vor dem Kriege und stellt sich wiederum zum großen Teile abseits. Aber das nimmt uns Alten nicht den Mut. Wir haben uns politisch frei gemacht und werden auch wirtschaftlich siegen. Niemand kann die Arbeiter aufhalten, wenn sie nur einig sind! Daß solche wirtschaftliche Notzeit über uns kommen kann, ja kommen muß, haben wir schon vor Jahrzehnten gewußt, denn das hatte Karl Marx ja schon vor achtzig Jahren gelehrt. Deshalb haben wir ja die Organisationen geschaffen. Nur sie allein können hier dem Arbeiter Schutz geben. Möchten das doch alle Arbeiter einsehen und bei uns Mitglied werden, dann möchten wir den sehen, der uns noch weiter ausbeuten könnte. Hoffentlich kommt diese Einsicht immer mehr. Das ist mein Wunsch; an meinem Lebensabend.“

Der Urlaubsstichtag.

§ 4 Abs. 1 des Manteltarifs für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau besagt: „Das Urlaubsjahr rechnet vom 1. April bis zum 31. März eines jeden Jahres.“ Am 1. April eines jeden Jahres entsteht also ein neuer Urlaubsanspruch, der bis zum 31. März verwirklicht sein muß. Eine Ausnahme gibt es nur in der Fällen, wo die einjährige Wartezeit, die ja Voraussetzung des Urlaubsanspruches ist, in der Mitte des Urlaubsjahres abläuft. In diesen Fällen ist der Tag, an dem die Wartezeit abläuft, der Stichtag, aber nur für das betreffende Urlaubsjahr. Am kommenden 1. April entsteht wieder ein neuer Urlaubsanspruch. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 23. November 1929, „Praxis des Arbeitsrechts“, Jahrg. 1930, S. 1.)

Im Tarif für den sächsischen Steinkohlenbergbau ist kein Urlaubsstichtag genannt. Es bestand ein Streit darüber, ob das Kalender- oder das Beschäftigungsjahr als Stichtag zu gelten habe. Das Arbeitsgericht in Dresden hat in dieser Frage entschieden und sagt, das Urlaubsjahr ist gleich Kalenderjahr. Es entsteht also am 1. Januar eines jeden Jahres ein neuer Urlaubsanspruch. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts Dresden, Zweigstelle Freital, vom 17. November 1930, „Praxis des Arbeitsrechts“ 1931, Seite 73.) — Ebenso für den Kalibergraben Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 20. Dezember 1930.

47. Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit **Woche vom 15. bis 21. November 1931**

zogen zu werden, kann er immer nach Belieben noch bestimmen.“

„Da hast du wahrhaftig recht. Und wenn ich mir jetzt überlege, daß er ja auch einen Offenen Brief direkt an Brüning richtete in seinem „Völkischen Beobachter“, dann scheint er doch ernstlicher mit der Möglichkeit eines Zusammengehens auch mit dem Zentrum zu rechnen, als man gemeinhin annehmen will. Allgemein fiel ja auch der gewandelte Ton auf, in dem er zu Brüning rebete in seinem Offenen Brief und die Tatsache, daß er darin ausdrücklich feststellte, daß er Brünings nationale Gesinnung nicht bezweifle. Man sollte ja annehmen, daß hier wirklich eine bestimmte Absicht dahinter stecke.“

„Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Wer sich etwas auf politische Auseinandersetzungen dieser Art versteht, der weiß, daß dieselben immer in bestimmter Absicht geführt werden.“

„Aber was in aller Welt mag wohl Hitler jetzt dazu bewegen, eine so bedeutungsvolle Schwankung vorzunehmen?“

„Das hat auch verschiedene Gründe. Einmal dürften die kapitalistischen Geldgeber und Gönner der Hitlerbewegung dahinter stehen, die allmählich für ihre Unterstützung den erwarteten Gegendienst sehen wollen.“

„Ich verstehe das nicht ganz.“

„Nun, die Hitlerbewegung ist ganz aufgezogen und finanziert von der deutschen politischen und wirtschaftlichen Reaktion. Sie ist gewissermaßen für diese Reaktion ein Geschäftsunternehmen, in das man gewaltige Summen hineinsteckt hat, um damit die eigene Klassenstellung neu fundamentieren und ausbauen zu können. Die Hitlerbewegung soll mit anderen Worten den politischen Einfluß des schaffenden Volkes im Staate zerstören und der reaktionären Herrschaft wieder die Regierungsgewalt über das Volk zurückbringen. Und jetzt ist die Zeit, in der sich gerade die schwerkapitalistischen Geldgeber in schwerer Not befinden und die politische Macht brauchen, um sich gegen das schaffende Volk mit ihren Plänen durchsetzen zu können.“

„Du glaubst also, daß die Geldgeber der Nazipartei, die reaktionären Machtgruppen des alten Adels, der Generalität und der Schlot- und Krautjunker, Hitler bedrängen, ihnen zu mehr Macht zur Beeinflussung der Regierungsgeschäfte und der Staatsverwaltung zu verhelfen?“

„So ist es, denn für diese Kreise kommt es gerade auf die Macht in der Krise an.“

„Aber man sollte glauben, daß Hitler schließlich nicht allzuviel danach fragen wird. Seine Bewegung ist jetzt groß und stark, so daß er schließlich seine alten Gönner gar nicht mehr braucht und nur unabhängige und eigene Politik machen kann.“

„Das kann nur glauben, wer nicht die wirklichen Tatsachen kennt, mit denen große Parteien zu rechnen haben. Die Hitlerpartei und insbesondere der Hitlerapparat

mit seinen ganzen Hilfsmitteln sowie die von dieser Partei beliebte Agitation ist so kostspielig, daß ohne ganz gewaltige Geldzuwendung von dritter Seite das ganze in kurzer Zeit wie ein Papiergebäude zusammenfallen müßte und ein hoffnungsloser Bankrott am Ende stünde. Die Zusammengehörigkeit zwischen den schwerkapitalistischen Geldgebern und dem Hitlerischen Partei- und Propagandaapparat ist bedingungslos notwendig.“

„So meinst du also, daß diese Geldgeber Hitler zu bestimmen suchten, eine Koalitionsmöglichkeit zu schaffen und auszunutzen?“

„Zweifello! Sie haben nur das Bed, daß das Zentrum sich jetzt hochbeinig stellt, wahrscheinlich als Quittung an die Deutsche Volkspartei, die offizielle Partei der Schwerindustrie, weil dieselbe leghin gegen Brüning gestimmt hat, um denselben zu Fall zu bringen.“

„Du hast vorhin gemeint, es gäbe mehrere Gründe für die Wandlung bei Hitler. Was darf denn noch hier mit in Rechnung gestellt werden?“

„Nun, es liegen auch noch Gründe für eine mögliche Wandlung bei Hitler in seiner eigenen Person.“

„Wie soll ich das verstehen?“

„Überlege einmal, wie es Hitler zumute sein muß, angesichts des fabelhaften Erfolges seiner Bewegung, bei der Tatsache, daß er selbst, also der Diktator dieser Bewegung, völlig vereinsamt danebenstehen muß, wo es gilt, nun auch die politischen Früchte der Bewegung zu ernten.“

„Wieso? Er bestimmt doch selbst darüber.“

„Eben nicht. Hitler ist ja nicht einmal deutscher Staatsangehöriger. Er kann also gar nicht einmal irgendeine politische Funktion im Staate ausüben. Er könnte nur als Beispiel nicht Minister werden, da er ja als Staatenloser und Nichtdeutscher nicht dazu berufen werden kann.“

„Vielleicht hat er gar kein Interesse daran und ist zufrieden mit dem Erfolg seiner Bewegung.“

„Das ist ausgeschlossen. Hitler ist eine extrem individualistische Strebernatur, was sein ganzer Werdegang beweist. Er ist nicht von der Art Männer, die dem Ganzen oder einer Bewegung dienen, sondern das Ganze und die Bewegung hat ihm zu dienen. Deshalb will er ja der Diktator werden.“

„Du meinst also, daß ihn jetzt kein politischer Ehrgeiz immer mehr dazu drängt, nun auch die politischen Früchte seines Erfolges ernten zu können.“

„Gewiß doch! Du mußt bedenken, daß er aus immerhin einfachen Verhältnissen kommt, also aus niederen Volksschichten. Und nun beurteile ihn, den individualistischen Streber, der Diktator über ein Volk werden will, in seiner jetzigen Situation.

Ihm wird allmählich bewußt, daß die Errichtung einer Diktatur in Deutschland wohl für ihn ebensowenig auf legalem als auf illegalem Wege möglich werden wird. Die Gegenkräfte sind hier eben zu stark. Und da drängen ihn allmählich die Zweifel zu der Frage, ob er auf den bisherigen Wegen überhaupt noch Aussicht hat, zum Ziele zu gelangen. Dieses Ziel ist für ihn nicht das Ziel seiner Bewegung, sondern sein rein persönliches, nämlich Gleichberechtigtsein in dem Staatsverbande, in dem er jetzt beheimatet ist, und darüber hinaus sogar Führer zu werden. Und ist es auch nicht gerade Führer mit Diktaturgewalt, dann wenigstens Führer mit der höchsten Gewalt, die das bestehende System eben noch gerade zu vergeben hat. Er will, mit anderen Worten, seine Stellung auf den Höhen des Lebens, auf die ihn bei richtiger Auswertung seine Bewegung hinaufzutragen verspricht, eben so gut als möglich sichern. Und wenn hier der revolutionäre Weg versperrt ist, dann könnte vielleicht die Koalition noch letzte Erfüllung verheißen.“

„Würde aber das nicht das Ende der Hitlerbewegung sein?“

„Im alten Sinne würde diese Bewegung dann wohl liquidiert werden. Das heißt, sie würde ihren revolutionären Charakter verlieren und wahrscheinlich auch die ganzen Teile, aus denen sich die SA- und SS-Gruppen zusammensetzen. Aber das ist ja nur ein Bruchteil der Millionen, die dieser Bewegung bei Wahlen die Stimmen gaben. Und wahrscheinlich würde die übergroße Mehrheit der Naziwähler von heute ihre neue Partei eben als die führende bürgerliche Partei schlechthin weiter wählen, da diese Wähler nicht Hitler wählen, weil er dieses System vernichten wollte und weil sie eine Diktatur befürworten, sondern weil sie kein Vertrauen zu ihren alten bürgerlichen Parteien mehr haben und vom Marxismus aber auch noch nichts wissen wollen. Die Hitlerpartei ist ihnen eben eine neue bürgerliche Partei schlechthin und würde es ihnen nach Eintritt der Nazis in eine Regierung noch viel mehr sein als heute.“

„So gesehen, sollte man ja mit einem Umschwung bei Hitler rechnen können, denn das wäre von ihm eigentlich ganz klug kalkuliert.“

„Gewiß doch! Aber die Arbeiterchaft darf sich davon nicht in ihrer Politik und Taktik bestimmen lassen, da es sich hier nur erst um Möglichkeiten handelt. Boererst, bis eine Wandlung im Hitlerlager perfekt ist, haben wir unvermindert auf dem Posten zu sein, um nicht unvermutet überrascht zu werden.“ P.Z.

Aus der Wertspresse.

Gelbe Sumpflumen.

„Es ist der gleiche deutsche Mann — vergeht es nicht!“
„Helft alle mit, ihm wieder Arbeit schaffen.“

Diese beiden Sätze umrahmen eine bildliche Darstellung, die in Nr. 44 der „Zeitung“ der Rheinischen Stahlwerke zu finden ist. Das Bild bringt die Gegenüberstellung eines Mannes aus den Jahren 1914-18 und eines solchen aus dem Jahre 1931. Einmal sehen wir den Mann als Krieger vor einem Drahtverhau, zum andern als einen Arbeitslosen vor den Toren eines großen Industriewerks.

„Helft alle mit“, das sollte Grundsatz eines jeden sein! Die Veruche, mehr Arbeiter in die Betriebe zu bekommen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, sind nicht neu. Vorstöße in dieser Hinsicht haben die freien Gewerkschaften schon seit längerer Zeit gemacht. Besonders unser Verband hat sich hierbei hervorgetan und bemüht sich jetzt noch, durch Arbeitszeitverkürzung, Krümpersystem usw. Platz für Arbeitslose zu schaffen. Aber leider hat er gerade bei den Unternehmern, die in ihren Wertzeitungen den Ruf nach „wieder Arbeit“ laut werden lassen, nur Widerstand gefunden.

Am Schluß eines Leitartikels, betitelt: „Am Wendepunkt“, in dem von den jüngsten Ereignissen auf politischem Gebiet die Rede ist, finden wir folgende Zeilen:

„Deutschlands Sein oder Nichtsein steht auf dem Spiele. Zurichbare Not droht uns. Wir müssen vorbeugen und unserer Wirtschaft helfen, daß sie wieder kräftig und in die Lage gesetzt wird, unsere hungernden und frierenden Volksgenossen zu beschäftigen. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft wieder freigemacht wird von staatlichen Fesseln, wenn sie billiger arbeiten kann als bisher; wenn sie, ungebunden durch staatliche Machtprüche, sich selbst den richtigen Weg suchen kann in Zusammenarbeit aller Beteiligten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Nur die Regierung, die das erreicht, ist berufen, heute Deutschlands Geschicke zu lenken.“

Auch hier versucht man, die „hungernden und frierenden Volksgenossen“ mit süßen Reden zu betören. Wer hat sie denn so weit gebracht, daß sie hungern und frieren müssen? Doch nur die kapitalistische Wirtschaftsführung! Damit die „Volksgenossen“ wieder Beschäftigung finden, ist es nach den Ausführungen in der Wertspresse notwendig, daß die Wirtschaft wieder freigemacht wird von staatlichen Fesseln. Das heißt, daß das Tarif- und Schlichtungswesen zertrümmert und der Diktatur in der Wirtschaft Tür und Tor geöffnet wird. „Nur die Regierung, die das erreicht, ist berufen, heute Deutschlands Geschicke zu lenken!“ Daß hiermit nur eine ausgesprochene Rechtsregulierung gemeint ist, geht nach einigen vorhergehenden Ausführungen über eine streng national geführte Politik, wie sie von den Führern der „nationalen Opposition“ gefordert wurde, klar hervor.

Streng national ist auch die Tendenz, die an anderen Stellen den Geist der Wertzeitungen vertrat. In verfeilter Form wird hier Propaganda für den Stahlhelm und die Nazis gemacht. In einem Gedicht mit der Überschrift: „Wie lange noch?“ heißt es:

„Der deutsche Nar, einst trutzig und stark,
im gewaltigen Völkerringen
getroffen ins innerste Lebensmark,
stürzte ab mit ermatteten Schwingen.
Schwing dich empor
und fliege doch!
Mannen hervor —
wie lange noch?“

Das ist ohne weiteres ein Appell an den Kampftrieb des jungen Arbeiters. Er soll dem völkerverfeindenden Sozialismus entfremdet und im Stahlhelm oder bei den Nazihorden im Kriegshandwerk geübt werden. Arbeiter, aufgepaßt!

Der „Werksportverein „Schlägel u. Eisen“ der Zeche Gneisenau veranstaltet am Sonntag, 25. Oktober 1931, 17 Uhr beginnend, im Lokale des Wirts Lange zu Dortmund-Derne, Niederfeldstraße/Müllerstraße einen Weinabend, zu dem alle Mitglieder mit ihren Angehörigen und Freunden herzlich eingeladen sind.“

So hieß es in Nr. 22 der „Zeitung“ der Harpener Bergbau-WG. Dazu möchte ich bemerken, daß jeder Arbeiter, der sich nicht gegen seine Klassengenossen mißbrauchen lassen will, im Werksportverein nichts zu suchen hat. Diese Vereine sind nur Mittel zum Zweck. Sie sollen den Arbeiter von seinem Klassenstand ablenken und ihn wirtschaftsfriedlich stimmen. Der Arbeiter, der das Bedürfnis nach Sport in sich spürt, kann genügend Befriedigung in den Arbeiter-Turn- und Sportvereinen finden. Aber „es gibt Leute, die lieber den Fußtritt eines Lackstiefels dem Händedruck einer schweligen Faust vorziehen“, so lautet ein Sinnspruch an einer anderen Stelle in der Wertspresse — und diese Leute, das sind diejenigen, die noch jetzt in den Werksport-, -gefang-, -turn- und anderen Vereinen um die Unternehmer bzw. ihre Vertreter herumstanzeln und nicht den Ruf aufbringen, sich in offener Abwehr gegen die Willkür dieser Leute aufzulehnen. Wilm.

Mehr Sicherheit im Kalibergbau!

Am 31. Oktober verunglückte auf Hattorf ein Bergmann tödlich durch Hereinbrechen eines Löfers aus der Firste. Schon am Tage vorher war ein Teil desselben hereingebrochen. Die hereingebrochenen Massen füllten fast einen der neuen Großraumförderwagen, die etwa 50 Zentner fassen. Trotzdem wurde nichts getan, um den Löfer rechtzeitig herunterzuschleppen.

Ueberhaupt scheint man auf Hattorf in der Jagd nach Leistung ganz wenig auf genügende Sicherheit bedacht zu sein. Warum werden zum Beispiel die Strecken 20 Meter breit getrieben, wo doch dem Bergmann bekannt sein dürfte, daß gerade auf Hattorf sehr oft Löser hereinbrechen? Bei 12 Meter breiten Strecken könnte hier viel vermieden werden. Am Tage des Unglücks ist in der Mittagsschicht, abends gegen 9 Uhr, in der 2. Abteilung (Westen) beim Schrappier 15, wieder ein mächtiger Löser hereingebrochen. Von der Mächtigkeit dieses Löfers kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß er die eiserne Schrappierbühne unter sich begraben hat. Auch hier war die Strecke 20 Meter breit. Nur einem Glückfall ist es zuzuschreiben, daß dabei kein Menschenleben zu beklagen war.

Zum Beginn der Schicht wird den Hauern kaum Zeit gelassen, ihren Abbau zu kontrollieren. „Wagen, Wagen!“, heißt es. Während der Schicht ist ein Betreten der Schrappierbahn unmöglich, wegen der damit verbundenen Lebensgefahr. Wegen des Lärms, den ein Schrappier macht, können die Hauer auch nicht etwa auftretende Geräusche, Brechen, Knaden, hören. So kann auch nichts rechtzeitig getan werden, um sich durch Herunterschleppen des Löfers zu sichern. Erst wenn der Löser fällt, merken die Kumpels die Gefahr, in der sie schweben. Es muß hier unbedingt gefordert werden, daß Wandel geschaffen wird. Fort mit den übermäßig breiten Strecken, dann kann viel Unheil vermieden werden! Wir glauben, daß das Bergamt die breiten Strecken etwas übereilt genehmigt hat, denn wozu Plafate und Ausbänge, wenn das Bergamt selbst Unfallsmöglichkeiten schaffen hilft. Wir bitten das Bergamt, mehr auf die Löser zu achten.

Aber auch die Kumpels selbst müssen mehr auf die Gefahren achten und erst alles für ihre Sicherheit tun, ehe sie die Arbeit beginnen, auch wenn dadurch ein Wagen weniger gefördert wird. Erst Sicherheit, dann alles andere! Notwendig ist auch, daß sich die Belegschaft wieder Betriebsräte wählt, die auch rüchloslos für sie eintreten. Deshalb, Kumpels: Macht Schluß mit der Stahlhelm- und Nazipost! Hinein in den Verband der Bergbau-Industriearbeiter und mit ihm gekämpft für ausreichenden Bergarbeiterschutz!

Aus dem Bezirk Köln.

RGO-Arbeiterräte — Vertreter der Arbeiterschaft.

Auf der Ver. Wille 1 im rheinischen Braunkohlenrevier teilte die Verwaltung der Betriebsvertretung mit, daß auf Grund der großen Menge freigelegter Kohle eine Betriebsumstellung im Abraumbetrieb erfolgen müsse, wenn nicht der Betrieb zum Erliegen kommen soll, und zwar dahingehend, daß eine Woche fünf Schichten, die andere Woche vier Schichten gearbeitet würde. Es soll bis auf weiteres wöchentlich ein Wechsel erfolgen. Fällt ein Feiertag in die Woche, so soll nur eine Feierschicht eingelegt werden.

Mit dieser eventuellen Regelung glaubt die Verwaltung ohne Stilllegung über den Winter zu kommen.

Gewollt oder ungewollt mußte dann die Betriebsvertretung zu der Frage: Kurzarbeit oder Stilllegung? Stellung nehmen. Nach eingehender Verhandlung sprachen sich die Kameraden des Bergarbeiterverbandes sowie die christlichen Vertreter für das kleinere Übel, für Feierschichten, aus. Sie konnten es nicht verantworten, das Gegenteil zu tun. Wohl wird der Arbeiterrat alles versuchen, die Maßnahmen der Verwaltung dadurch zu mildern, daß ein Wechsel mit anderen Betrieben möglich gemacht werden soll.

Die vier RGO-Größen sind aber anderer Ansicht. Sie lassen sich von politischen Agitationsrücksichten leiten. Sie haben sich für Stilllegung entschieden. Dadurch, daß sie die Einlegung von Feierschichten ablehnten. In der geheimen Abstimmung stimmten sie auch dann für Stilllegung der Betriebe. Mit zwei Stimmen Mehrheit aber wurde das kleinste Übel, Feierschichten, beschlossen.

Mit ihrem Verhalten hat die vier Mann starke Fraktion der RGO der Unversämtheit die Krone aufgesetzt. Bewußt wollen diese Maulhelden die Arbeiterschaft in das größte Elend hineintragen, bewußt wollen sie dem sonst so verhassten Arbeitgeber tausende Mark Lohngehälter schenken, bewußt wollen sie die Arbeiter um ihre tariflichen Rechte bringen, ja bewußt spielen sie die Steigbügelhalter der Reaktion, nur um vom Elend der Arbeiter parteipolitisch profitieren zu können.

Kameraden der Braunkohle, zieht aus dem Vorfall die richtigen Schlüsse, gebt diesen Schädlingen an der Arbeiterbewegung den längst verdienten Fußtritt, indem ihr restlos den Weg in den Verband der Bergbauindustriearbeiter beschreitet.

Aus dem Saarrevier.

Der Saarbergmann in Not.

Hilft die Regierungskommission?

„Saarbergmann, dein Los ist hart“, bekundete der Präsident der Regierungskommission, Herr Ernst Milton, angeht der 98 Opfer im Zecheaal der Grube Maybach. Seit diesem 29. Oktober 1930 ist das Los der Saarbergarbeiter noch härter geworden. Die lebenden Saarbergarbeiter haben wohl noch nie eine Zeit erlebt, in der ihr Los so hart war wie unter dieser Regierung des Völkerbundes und dem französischen Staat als Arbeitgeber! Durch Drohung mit Entlassung versucht man, den Bergarbeiter zum Hörigen der Verwaltung zu machen. Mit 500 bis 700 Fr. Lohnentkommen, wovon noch zum Teil bis 100 Fr. Fahrgelder zur Erreichung der Arbeitsstelle abgehen, hungert die Saarbergarbeiterfamilie seit Monaten. Durch Feierschichten sind allein im Jahre 1931 dem einzelnen Bergarbeiter 40 bis 49, insgesamt etwa 2 bis 2,5 Millionen Schichtverdienste verlorengegangen. Das besagt, daß auf den einzelnen Arbeiter und seine Familie ein Lohnverlust von 1600 bis 2000 Fr. entfällt, das sind zwei Monatsverdienste.

Aus den berechtigten Worten an den Gräbern von Maybach angehts der Toten sollte deshalb die Regierungskommission jetzt den Lebenden gegenüber die Konsequenz ziehen und den Bergarbeitern die Kurzarbeiterunterstützung zahlen. Unser Verband und der christliche Gewerksverein haben erneut an die Regierungskommission mit Schreiben vom 27. Oktober einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Wenn die Kurzarbeiterunterstützung überhaupt einen Sinn haben soll, muß dieselbe dem Bergarbeiter gewährt werden, der in einem Jahre zwei Monate nicht arbeiten durfte und konnte.

Die Bergarbeiter mit ihren Familien können nicht dafür bestraft werden, daß die Feierschichten im Bergbau aus technischen Gründen nicht in den Zeitraum einer oder zwei Wochen gelegt werden können, wie dies zur Erlangung der Kurzarbeiterunterstützung Voraussetzung wäre. Die Tatsache des Lohnverlustes durch so viele Feierschichten selbst muß hier genügen. Nur im Interesse der ungestörten Kohlegewinnung verlegt die Grubenverwaltung die Feierschichten nicht in den Zeitraum von zwei Wochen, sondern verteilt sie auf den ganzen Monat. Das liegt aber auch im Interesse der Allgemeinheit. Und nun soll der Bergmann dafür büßen und von der Unterstützung ausgeschlossen sein!

Die Bergarbeiter erwarten, daß die Mitglieder der Regierungskommission die berechtigten Forderungen ihrer Organisationen erfüllen. Selbst der Generaldirektor der Saargruben erkannte das Unrecht an, welches an den Bergarbeiter durch Nichtzahlung der Kurzarbeiterunterstützung geschieht. Hier hat die Regierungskommission und ihr Präsident die Möglichkeit, das anerkannt harte Los des Bergmanns zu mildern. Nicht Worte, sondern Taten sind hier notwendig.

Regierungskommission, du hast das Wort zu den berechtigten Anträgen der Bergarbeiterorganisationen!

Abbau der Leistungen in der Kranken- und Pensionstasse der Saarnappphast?

Die Absahschwierigkeiten des Saarbergbaues bringen auch die knappschaftliche Versicherung der Bergleute in finanzielle Schwierigkeiten. Es ist klar, daß der gewaltige Belegschaftsabbau sich auch sehr ungünstig bei der Saarnappphast auswirkt. Die Zahl der Beitragszahler wird geringer und die Zahl der Leistungsempfänger erhöht sich. Das bringt weniger Einnahmen und mehr Ausgaben. Wenn die Witwen- und Waisenbezüge auf Invalidenbezüge umgestellt sind, hätten am 1. Januar 1914 etwa 3,18 Beitragszahler eine Invalidenpension zu tragen. Dieses Verhältnis betrug am 1. Januar 1920 = 3,11 zu 1, am 1. Januar 1930 = 2,1 zu 1, am 1. Oktober 1931 = 1,72 zu 1 und soll im Jahre 1932 noch 1,5 zu 1 betragen. Man nimmt nämlich bei der Bergwerksdirektion an, daß die schlechte Kohlenwirtschaftslage auch im Jahre 1932 noch anhält.

Unter Annahme dieser ungünstigen Wirtschaftslage wurden bei der Saarnappphast die Vorschläge auf Anweisung von

oben aufgestellt und dadurch selbstverständlich hohe Fehlbeiträge errechnet. So hat die Krankentasse, die 1930 noch mit einem Ueberschuß von über 4 Mill. Fr. abschloß, einen Fehlbetrag von 5,5 Mill. Fr. im Jahre 1932 zu erwarten. Der Fehlbetrag soll in der Pensionstasse der Arbeiterabteilung 6 762 000 Fr. ausmachen, während im Jahre 1930 noch ein Ueberschuß von 4,65 Mill. Fr. vorhanden war. Die Verhältnisse sind also nicht rosig zu nennen, obwohl man heute noch nicht wissen kann, was das Jahr 1932 bringen wird. Die Aufsichtsbehörde ließ dem Vorstand der Saarnappphast unterm 16. Oktober 1931 nachfolgendes Schreiben zugehen:

„Die Prüfung der Lage der Arbeiterpensions- und beider Krankentassen der Saarnappphast hat ergeben, daß durch den Vorschlag für den Rest des letzten Vierteljahres 1931 bei den Krankentassen und für das Jahr 1932 bei der Pensionstasse die Ausgaben durch die Einnahmen nicht mehr gedeckt werden.“

Die Voraussetzungen des § 41 des Preussischen Knappschaftsgesetzes vom 17. Juni 1912 in der Fassung der Verordnung der Regierungskommission vom 28. März 1930 sind sonach erfüllt.

Auf Grund des § 41 Abs. 3 wird daher der Knappschaft aufgegeben, unter Vermeidung der gesetzlichen Folgen eine der Sanierung dieser drei Knappschaftsklassen entsprechende, durch das Gesetz geforderte Regelung zu treffen.

Falls Einsparmaßnahmen vorgesehen werden, müssen sie, soweit die Pensionstasse in Betracht kommt, einen Betrag von acht Millionen Frank für das Rechnungsjahr 1932 erreichen, ohne Rücksicht auf die Verpflichtung der Pensionstasse aus § 3 des Erlasses betreffend Verwendung der reichsknappschaftlichen Zulagen gemäß § 33 der Abrede zwischen der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Angelegenheiten der Sozialversicherung des Saargebietes vom 13. Oktober 1927.

Für die Krankentassen gilt dies nur bis zur Erreichung der Deckung der laufenden Ausgaben.

Die in Aussicht genommenen Abänderungen erluchen wir binnen Monatsfrist in einem Sachungsnachtrag uns zu überreichen.“

Der Vorstand der Saarnappphast wird also ersucht und zwar unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen, wenn er diesem Ersuchen nicht nachkommt, eine

Sanierung der drei Knappschaftsklassen

vorzunehmen. Ob dieser Hinweis die im § 63 des Knappschaftsgesetzes enthaltene getreue Geschäftsführung des Vorstandes, wie Vormünder ihren Mündeln gegenüber, bedeuten soll? Jedenfalls weist man den Vorstand auf seine gesetzliche Pflicht hin. Es ist uns unerklärlich, wie man sich diese Angelegenheit bei der Regierungskommission ausgedacht hat. Die Regierungskommission, die schon Mitte 1930 eine weitere Novelle zur Kranken- und Knappschaftsversicherung in Aussicht stellte, kommt jetzt und schiebt dem Knappschaftsvorstand die Verantwortung zu. Sie selber tut nichts! Im Reich und in Frankreich zahlt die Landeskasse hohe Zuschüsse zur Knappschaft. Die Saarregierung leistet noch nicht einmal den im Jahre 1930 in Aussicht gestellten Betrag. Damals teilte man der Öffentlichkeit mit, daß die Landeskasse etwa 4,9 Mill. Fr. an die Saarnappphast abführen würde, jedoch sind kaum 3 Mill. Fr. geleistet worden.

Im Reich übernahm die Regierung aus Staatsmitteln 70 Mill. M. trotz der ungeheuren Finanzkrise, die sich in einem Fehlbetrag von 110 Mill. M. auswirkte. Die Reichs-Knappschaft, welche bedeutend höhere Leistungen gewährt als die Saarnappphast, mußte durch Abbau etwa 40 Mill. M. decken. An der Saar will die Regierung nichts tun, obwohl selbst die arme Reichs-Knappschaft gewaltige Zuschüsse zu den Pensionen der Saarnappphast leistet. Hat doch dieselbe, wenn die Zahlen des Vorschlags für das Jahr 1932 eintreten, in diesem Jahre rund 16,5 Mill. Fr. zu zahlen. Ohne diese Hilfe hätte doch die Regierungskommission längst Liefer in den Säckel greifen müssen und ohne sie wäre doch sicher kein Abbau der Leistungen möglich. Daneben läuft noch die Reichshilfe zur Invalidenversicherung. Erhält doch die Saarnappphast jetzt monatlich etwa 6 Mill. Fr. Zuschuß bei etwa 14,5 Mill. Fr. monatlicher Auszahlung an Pensionen und Renten. Wir erlauben uns die höfliche Anfrage an die Saarregierung: „Wo bleibt deine Hilfe?“

Wir sind ganz entschieden gegen einen allgemeinen Abbau der Leistungen. Wir sind aber auch ganz entschieden gegen eine weitere Beitragserhöhung, da der Bergmann bei den jetzigen Hungerlöhnen keine höheren Beiträge zahlen kann. Wir sind aber auch ganz entschieden dafür, daß die knappschaftliche Versicherung der Bergleute nicht nur aufrechterhalten, sondern noch weiter ausgebaut wird. Ueber die jetzigen Krisenzeiten muß ihr die Hilfe des Staates hinweggehen, dem sie ja auch gewaltige Lasten abnimmt. Sie hat doch fast alle entlassenen Bergleute zu versorgen, die sonst der Erwerbslosenfürsorge zur Last gefallen wären. Die Zahl der Invaliden hat sich allein in den letzten fünf Jahren um fast 10 000 erhöht. Trotzdem tut die Saarregierung für die Saarnappphast und den Saarbergbau nichts. In Deutschland, Frankreich und England erhält der Bergbau staatliche Hilfe, an der Saar aber wird ihm nicht die geringste Unterstützung zuteil. Den Bergarbeitern gewährt man nicht einmal die sogenannte Kurzarbeiterfürsorge, die den anderen Arbeitnehmern anstandslos gewährt wird. Bergmann, dein Los ist hart!, sagte der Präsident der Saarregierung vor Jahresfrist an der Bahre der Opfer von Maybach. Man tut aber nichts, um dieses Los zu lindern.

Wir fordern eine angemessene Staatshilfe für die soziale Einrichtung der Bergleute und erklären, daß wir an Sparmaßnahmen nur soweit mitwirken können, wie sie die Kaufkraft der Pensionsempfänger nicht beeinträchtigen.

Das Vorgehen der Regierungskommission halten wir für vollkommen ungefährlich. Sie war juristisch sehr schlecht beraten, als sie den Brief an den Vorstand der Saarnappphast veranlaßte.

Wie ist die Rechtslage?

Die Voraussetzungen des § 41 des Saarnappphastgesetzes sind nach unserem Dafürhalten nicht erfüllt, wenigstens nicht in dem Maße, daß die Aufsichtsbehörde mit Zwangsmaßnahmen eingreifen kann. Das könnte dann höchstens der Gesetzgeber tun. Nach § 304 der Reichsversicherungsordnung sammelt die Krankentasse eine Rücklage von mindestens einem Viertel der Jahresausgabe nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre an und erhält sie auf dieser Höhe. Diese Reserve soll also vorhanden sein, sie muß es aber nicht sein. Viele Krankentassen besitzen Reserven in dieser Höhe nicht. Diese gesetzliche Reserve macht bei der Krankentasse der Saarnappphast 9 063 826 Fr. aus. Solange sie vorhanden ist, können jedenfalls keine Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Das Vermögen dieser Kasse beträgt jedoch nach dem Jahresbericht Ende 1930 rund 49,7 Mill. Fr. Die Reserve beträgt also mehr als das Fünffache der gesetzlich vorgegebenen Höhe. Wie sind bei dieser Sachlage die Zwangsmaßnahmen zu begründen? Trotzdem fordert man Abbau der Leistungen. Hat doch selbst der Vorliegende eine Beitragsverchiebung von der Kranken- zur Pensionstasse damit begründet und auch durchgesetzt, daß man in der Krankentasse noch ganz gut einige Jahre von den Reserven leben könne.

In der Pensionstasse ist auch das Umlageverfahren maßgebend. Die Einnahmen sollen die Ausgaben decken. Die Aus-

